





Im — privatem — immer wieder zu rufen, den Konflikt mit der Linken nicht auf die Spitze zu treiben. So richtig diese strategisch-politischen Überlegungen sein mögen, das Ergebnis der Zufuhrerrolle, zu der sich Brin und verdammt hat, besteht in einer Steigerung der parlamentarischen Unsicherheit, in einer Verschärfung des Misstrauens, in den die Kammer gefallen ist.

### Das Vaterland ohne Steuern.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat eine schöne Botschaft angedichtet. Ob der Zweck seines Programms, durch umfangreiche Steuerermäßigungen die Überwindung der Wirtschaftskrise zu beschleunigen, erreicht wird, ist sehr zweifelhaft. Eine oder ist schon höher, die Parteien sind mit den vorgeschlagenen Steuerermäßigungen keineswegs zufrieden. Es war von Anfang an vorauszusetzen, daß diese Vorschläge eine Laminierung von Steuerentlastungen der Wirtschaft auslösen würden. Diese Laminierung ist inzwischen ins Rollen gekommen und zwar durch den nationalsozialistischen Antrag. Ueber den nationalsozialistischen Antrag, der die fast völlige Befreiung der Landwirtschaft von der Einkommensteuer fordert, haben wir bereits berichtet. Inzwischen sind fünf neue Anträge hinzugekommen. Sie lauten:

Bei der Vermögenssteuer: Ermäßigung des Steuerfußes von 5 auf 3 vom Tausend, sowie Verdoppelung der Freigrenzen; bei der Erbschaftsteuer Ermäßigung der Steuerfüße auf die Hälfte; bei den Vorauszahlungen auf Einkommen- und Vermögenssteuer am 15. Februar; Stundung je zur Hälfte; außerdem keine Verbeitung der Steuern aus dem Jahre 1923 mehr und schließlich Befreiung der Gewerbesteuer und Grundsteuer und statt dessen Erhebung eines Zuschlags zur Reichsvermögenssteuer durch Länder und Gemeinden.

Diese neuen nationalsozialistischen Anträge sind nicht weniger schäblich als der Antrag auf Steuerbefreiung der Landwirtschaft. Sie würden bei der Vermögenssteuer einen Ausfall von 200 Millionen, bei der Erbschaftsteuer von 30 Millionen, bei den Vorauszahlungen sogar von 150 Millionen jährlich verursachen und bei der Niedererschlagung von Rückständen aus 1923 etwa 20 Millionen. Der Gesamtausfall würde also jährlich 450 Millionen betragen, das ist mehr als ein Viertel der gesamten Besteuerung. Der Antrag auf Einstellung der Beitragsleistungen für 1923 würde ferner die sozialen Buchprüfungsverfahren, die zur Aufhebung von Steuererhöhungsmaßnahmen dienen, hinsichtlich machen und er würde außerdem die einjährige Steuerbefreiung der Fürsten herbeiführen, die mit ihren Steuern zurückfällig sind. Die Erhebung eines Zuschlages zur Reichsvermögenssteuer durch Länder und Gemeinden unter Befreiung der Reichssteuer bedeutet eine weitere Steuerentlastung der Landwirtschaft und der Industrie dadurch, daß auch bewegliches Vermögen zur Landes- und Gemeindebesteuerung herangezogen wird.

Diese Anträge sind ohne jede sachliche Rücksicht rein auf ihre demagogische Wirkung abgestellt. Es sind Anträge in dem Stil, wie sie bisher nur von den Kommunisten eingebracht wurden. Aber die darin offenbarte Demagogie ist noch weit schamloser als die der Kommunisten. Denn mit diesen Anträgen schlagen die Nationalsozialisten ihrer eigenen Steuerpolitik ins Gesicht, die sie im vorigen Jahre unter Herr von Schleicher betrieben haben. Obgleich sie für die Wahrung der Steuerpolitik des vergangenen Jahres allein verantwortlich sind, wollen sie jetzt eine Politik des schrankenlosen Defizits betreiben. Und sie tun das in demselben Augenblick, in dem sie nach außen die Steuerermäßigungspläne Dr. Reinholds kritisieren.

### Weil Luther nicht bozen kann.

Reinhold, 13. Februar. (Eigener Sonderbericht.) Im vergangenen Jahre hat die besonders enge Kölner Staatsanwaltschaft in einer ganzen Reihe von Fällen gegen die „Rheinische Zeitung“ Ermittlungsverfahren wegen Ministerbeleidigungen eingeleitet, die infolge der Unmittelbarordnung des Reichspräsidenten jedoch nicht weiter verfolgt wurden. Jetzt hat die gleiche Staatsanwaltschaft ein neues Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung eingeleitet, und zwar soll Reichsanwalt Dr. Luther bestraft werden, weil in einer launigen Pflaunders, die sich mit den Vorkereiten der Bölscher im Parlament beschäftigte, dem Reichsanwalt vorgeworfen wurde, daß er den Aspiranten für Jememorde eine zu schwache Haltung gezeigt habe. Wörtlich heißt es unter anderem: „Hätte der Reichsanwalt im Hinblick seiner Ministerbeleidigungen mit dem Reichspräsidenten Stell als Schlichter einen Anruf an den Reichspräsidenten gemacht, die ganze materielle Jugend hätte ihm zugehört. Dr. Luther hätte Breitensträters und Demosens Meltrun gewonnen. U. U.“ Diese Ausführungen empfindet die Kölner Staatsanwaltschaft als eine Beleidigung des Reichsanwalts. Sie hat den verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ bereits vernommen. Auf den Ausgang des Prozesses kann man gespannt sein. Jedenfalls zeigt das Verhalten der Kölner Staatsanwaltschaft, daß im nationalsozialistischen Köln gegenwärtig kein Ding unmöglich ist.

### Einer, der noch lebt.

Das Berliner Reichspräsidentium teilt mit: In der Presse taucht im Zusammenhang mit unangefangenen Mordmorden wieder die Behauptung auf, daß der ehemalige Schütz des Kommandos Rathenow, Klingauf, als Opfer einer Gemeine zu betrachten ist. Diese Behauptung ist falsch. Klingauf ist noch am Leben und befindet sich bei der Reichswehr.

### Die Eisenbahnfragen im Reichstag.

Die Sitzung vom Sonnabend wurde um 12 1/2 Uhr eröffnet. — Der Entwurf über das vorläufige Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Litauischen Republik wird in erster und zweiter Beratung ohne Aussprache angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Haushaltsplans, beginnend mit dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Etats mit einigen geringen Änderungen.

### Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.):

Das traurigste Kapitel unserer Verkehrsprobleme bildet das Eisenbahnwesen. Die Erwartungen, die an die weitere Entwicklung der Reichsbahnen geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllt. Das ganze Verhalten der Reichsbahnerverwaltung ist eine ununterbrochene Kette von nicht gehaltenen Versprechungen, Verletzungen von Rechtsgrundlagen gegenüber dem Personal, Rechtsmache der Beamten, Entziehung des Pensionenrechts und Auslegung der Gesetzesbestimmungen zu Ungunsten der Beamten. Gegenüber den Versprechungen, die dem Eisenbahnpersonal gemacht worden sind, bedeuten die heutigen Zustände einen einzigen schweren Verstoß gegen Treu und Glauben.

Der letzte Vorgang, der uns bekräftigt hat, ist der Versuch der Reichsbahn, die Verbindlichkeit des Schiedsspruchs für die Arbeiter nicht anzuerkennen und der Reichsbahn auch in rechtlicher Beziehung eine Sonderstellung einzuräumen. Ministerialdirektor Stielker hat das auch in seiner Stuttgarter Rede deutlich zum Ausdruck gebracht. Die 11,5 Millionen Mark, die zur Auszahlung des Schiedsspruchs erforderlich wären, hätten ohne Schwierigkeiten angesetzt werden können. Diese Summe ist übrigens nicht der einzige Grund zur Ablehnung des Schiedsspruchs, sondern Stielker hat einfach, daß die Reichsbahnarbeiter bereits höher entlohnt werden, als es in der Privatindustrie der Fall sei. Das trifft aber nicht zu. Die wahre Ursache der Reichsbahnverwaltung geht dahin, den Einkünften der Regierung und Parlament, wenn auch in beschränktem Maße, noch auf Tarif- und Personalpolitik ausüben können, reißlos zu beseitigen. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn man wirklich noch davon träumt, daß die Reichsbahnverwaltung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen Gutes geleistet hätte, dann würde man über die eine oder andere untergeordnete Frage hinwegsehen können. Aber auch das ist nicht der Fall. Eine ganze Anzahl von Maßnahmen der Reichsbahnerverwaltung hat sich

als wirtschaftlich schädlich erwiesen.

Der Abbau hat sich vollzogen, daß weder ein wirtschaftlicher noch materieller Vorteil für die Reichsbahn herauszukommen ist. An der Reichsbahn-Betriebsverhältnisse Brandenburg hat man erst Hunderte Arbeiter entlassen, dann hat man andere Hunderte Arbeiter von Solbe-Knob und Guben gefeuert, und da man sie nicht unterzubringen konnte, mußten erst neue Wohnungen für sie geschaffen werden. (Sehr! Sehr! bei den Soz.) Auf solche Weise wird das nicht erreicht, was angeblich mit dem Abbau erreicht werden sollte. Neuerdings soll auch die Betriebsverhältnisse in Gießen in Frage gestellt werden ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn die Zeitungsmeinung zutrifft, daß die Reichsbahn-Gesellschaft zum Zwecke der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn ein Materiallager in Rummelsberg errichten und die dazu erforderliche Kohlenabgabe aus der Niederlausitz herbeiführen will, dann wäre das ein neuer Beweis dafür, wie unmoralisch die Herren, die in der Verwaltung sitzen, vorgehen. Diese Vorgänge bilden aber auch

eine Gefahr für den gesamten Verkehr.

Nach der Abbau nur den Zweck haben sollte, wesentliche Teile der Betriebskosten an die Privatindustrie abzugeben, so kann das nicht geschehen werden, wenn man ein gut geleitetes Unternehmen erhalten will. Bei der Unternehmung des Umbaus in Oberhof durch die Vertretung des Personals hat sich ergeben, daß die von den Arbeitern gebrauchten Lampen schlecht waren, die Arbeiter konnten, nachdem ein Zug durchgegangen war, nichts mehr sehen. Das von dem Notienführer gebrauchte Horn war nur auf 100 Meter Entfernung zu hören. Niemand hat gewacht, auf welchem Geis der fährte Arbeiteraus einfallen würde. Die Besatzungen mußten einzeln Stunden ohne ärztliche Hilfe durchsitzen. Solche Zustände müßten dazu führen, daß die Sicherheit auf den deutschen Bahnen vollständig verloren gehen muß. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Ausschuss ist bereits in einer ganzen Reihe von Fällen festgestellt worden, daß die von der Reichsbahn betriebene Tarifpolitik nicht zugunsten der deutschen Wirtschaft ausgehen kann. Im Verkehrsausschuss werden wir gerade diese Frage im einzelnen noch gründlich zu behandeln haben. Das Reichsverkehrsministerium hat die Pflicht, die weit sein Einfluß überhaupt reich, Abhilfe zu schaffen. Wir sind nach wie vor für den

Ausbau unseres Wasserstraßennetzes.

Das muß von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geschehen, die Rentabilitätsfrage darf dabei nicht entscheidend sein. Es muß beim Ausbau der Wasserstraßen bei der Anlage von Schleusen usw. eine weit ausschauende Politik getrieben werden. Die Frage der Aufbringung der Mittel muß von Fall zu Fall behandelt werden, insbesondere wäre dabei die Frage zu prüfen, ob sie aus Anleihen oder auf andere Weise zu beschaffen sind. Herr Stielker hat in seiner Rede behauptet, daß das Reich Kanäle aus Konkurrenzrücksichten gegenüber der Reichsbahn baue. Ich bin demgegenüber

der Meinung, daß wir verpflichtet sind, ebenso wie für den Ausbau der Eisenbahnen, für den Ausbau der Nebenbahnen, im Interesse der Entwicklung unserer Wirtschaft auch für den Ausbau des Wasserstraßennetzes zu sorgen. Alle diese Einrichtungen müssen zusammenwirken, um ihre denkbar größte Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Wir sind bekräftigt davon, daß der Mittelkanal vollendet wird, daß die Oder-Kanalisation in Angriff genommen und die Bünthe aus Ostpreußen so weit wie möglich bekräftigt werden sollen. Wir haben immer die Notwendigkeit der Einheitspolitik der Verwaltung der Wasserstraßen betont. Wir sind auch heute noch der Meinung, daß dem Reich, dem der Ausbau der Wasserstraßen überlassen ist, auf die Verantwortung für die Verwaltung und Organisation zuzukommen muß. Eine Verständigung mit den Ländern muß darüber herbeigeführt werden. Wir

werden Kraftwagenverkehr in jeder Weise gefördert

wird. Das erfordert das Interesse der Wirtschaft. Deutschland steht in dieser Beziehung weit hinter Amerika, England usw. zurück. Der Kraftwagenverkehr ist im vorigen Jahr von 192 000 auf rund 255 000, also um 63 000 gleich 32,5 Prozent, erhöht worden. Allerdings droht der weiteren Entwicklung unseres Kraftwagenverkehrs jetzt eine schwere Gefahr durch die angelegte neue Steuer. Ich bin nicht staatsrechtlich geneigt, um alle Einzelheiten dieser Steuer zu besprechen, aber ich könnte doch dazu führen, daß 1928 eine ähnliche Steigerung des Kraftwagenverkehrs nicht eintreten wird. Der Vortrag, der im volkswirtschaftlichen Ausschuss über die Entwicklung des Kraftverkehrs in Deutschland gehalten worden ist, sollte bei dieser Frage in Erwägung gezogen werden. Die beteiligten Organisationen legen großen Wert auf die Ausbildung von Kraftfahrern. Es fehlt noch immer an den Einrichtungen, mit deren Hilfe dafür gefördert werden könnte, daß der Großstadtverkehr sich so glatt abwickelt, wie ich es in Amerika zu beobachteten Gelegenheit hatte. Die Schaffung von Fahrschulhäusern ist unbedingt erforderlich. Wir fordern auch die gesetzliche Einführung von Freizeiten für die Kraftfahrer. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, wie groß die Gefahr für den Verkehr ist, wenn die Fahrer, wie es jetzt geschieht, bis zu 16 und mehr Stunden am Tage beschäftigt werden. Wir haben leider noch immer keine Verkehrsordnung, aber ich hoffe, daß jetzt bald eine Verständigung mit den Ländern darüber erzielt werden wird. Eine wichtige Frage ist die

Heranziehung der Schule für die Aufklärung über den Verkehr. Die am Verkehr interessierten Organisationen der Unternehmer und Arbeiter haben eine Organisation geschaffen, um die Sicherheit des Verkehrs zu fördern. Sie will das Publikum im Sinne des Großstadtverkehrs erziehen und alle Maßnahmen zur Sicherheit des Verkehrs treffen.

Die Entwicklung des Luftverkehrs muß unter allen Umständen gefördert werden. Nachdem eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt worden ist, muß alles getan werden, damit auch das Luftverkehrsnetz gleichwertig neben den anderen Verkehrseinrichtungen gestellt werden kann. Zusammenfassend will ich erklären: wir wünschen, daß das Reichsverkehrsministerium alles daran setzt, um die Rechte des Reiches zu wahren, wir werden den Minister immer darin unterstützen. Das Verkehrsnetz muß so ausgestaltet werden, daß es die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens bildet. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Abg. Engelberg (D.Dp.): Es ist bedauerlich, daß die Reichsbahngesellschaft den Wünschen des Reichsverkehrsministeriums und den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft in keiner Weise Rechnung tragen. Rücksichtslos und beispielsweise angefangene Bahnanbauten stillgelegt worden. Im Wasserstraßennetz sollte der Minister dafür sorgen, daß die angefangenen Kanalbauten fertiggeführt und vollendet werden. — Abg. Dr. Wiensack (Dnal.) schließt sich der Kritik an dem Verhalten der Reichsbahnerverwaltung an. — Abg. Giesberts (Zr.) weist darauf hin, daß die gesamte öffentliche Meinung einig sei in der Beurteilung des Verhaltens der Reichsbahnerverwaltung. — Abg. Haremann (Dnal.) wünscht Verbesserungen der Dampferlinie Swinemünde-Billau. Gegen das Projekt der Mederkanalisation in seiner jetzigen Form seien manche Bedenken zu erheben. — Abg. Henneter (Dnal.) beantragt, die Bahnpostwirtschaftlichen anzuschauen, daß frische Milch zum Verkauf an die Reisenden bereitzustellen ist. — Abg. Dr. Schreiber (Zr.) äußert Einzelwünsche für den Ausbau westdeutscher Bahnen.

### Reichsverkehrsminister Dr. Krohne

hält es für notwendig, die scharfen Differenzen zwischen Reichstag und Reichsbahnerverwaltung durch eine Vermittlungskommission beizulegen. Er sei zur Einleitung einer solchen Vermittlung geneigt. Trotz dieser entgegenkommenden Haltung, so fährt der Minister fort, muß ich an dem grundsätzlichen Standpunkt festhalten, den ich in den Fragen der Personalpolitik und des Schiedsspruchs bereits im Reichstag vertreten habe. Die für die Leistungszulagen bereitgestellten Mittel könnten herangezogen werden, zur Durchführung des Schiedsspruchs. Augenblicklich ist die finanzielle Lage der Reichsbahn allerdings sehr schlecht im Zusammenhang mit der allgemeinen Notlage der Wirtschaft. Zu einer allgemeinen Tarifsenkung wird die Gesellschaft kaum in der Lage sein; aber wir werden darüber wachen, daß keine Erhöhung der Güter- und Personentarife eintritt. Die vom Reichstag her angeführten Beispiele über das Verhältnis für inländische und ausländische Tarife wirken zunächst grotesk; es muß aber berücksichtigt werden, daß das Baltica-Dumping der ausländischen Eisenbahnen die deutsche Reichsbahn zwingt, niedrige Durchfuhrtarife zu nehmen. Damit bei dem Transport ausländischer Waren die deutschen Bahnen nicht übergangen werden. Es muß anerkannt werden, daß

### Eius.

Roman von Lawrence S. Desberry.  
34) Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermine zur Rügen.

Im Abend berückelte Eichel ihre Gedanken. Man mußte rasche die Eitel, als das Mädchen von ihrem Zusammenstoß mit dem alten Mann berichtete, den sie für John Mannister hielt. Er wollte etwas sagen, irgend etwas, aber dann doch Eichel jedoch schien seine Gedanken erraten zu haben. „Sag mir ruhig, Eichel, was du weißt, was du denkst. Mein Eichel, aber zunächst mein Vater, hat ein Onkel John ein Verbrechen begangen und fürchte, dies könnte dich auch aufgedeckt werden.“

Mannister nickte: „Aber welchen Grund konnte er haben, dem guten, heiligen Mann etwas anzuhaben?“

„Das betrifft auch ich nicht“, erwiderte Eichel.

„Früher Bright“, fragte Daisy unermittelt, „Ist Vater wurde doch erst durch dieses Schwelgerei, dieses Eius, so reich, nicht wahr?“

„Ja“, Eichel blühte das andere Mädchen verstandnis an. „Erinnern Sie sich noch, wann das Mittel zuerst auf den Markt kam? Joseph Bright weiter.“

„Ja glaube, vor fünf Jahren.“

„Mannister hatte Daisy an, da glaubte er nicht...“

„Erinnere dich an die Gründung dieses Vaters, Fred, die Gründung, die er gemeinsam wollte, weil ihre Herstellung eine geschäftsmäßige Wirkung haben würde...“

„Erinnere dich an das, was er zu meinen Vater sagte: „Gibt es doch viele Menschen, die wirtschaftlich genug wären, meine Gründung auszuführen, aber an das Wohl der dabei beschäftigten Arbeiter zu denken? Wenn nun diese Gründung mit dem Eius zusammenhängt, wenn der Bright...“ Sie lachte mit einem Blick auf Eichel.“

„Das glaube ich nicht“, warf Bright ein, „und selbst wenn meine Bemerkung wahr ist, wie wäre es möglich gewesen, John Mannister in den Zustand zu versetzen, in dem sich Brights Schwelgerei nach der alten Mann befand?“

„Jonathan Bright gibt die letzten letzten Gedanken, aber er war auf der Bahn gewesen, hatte die Postkarte mitgebracht.“

„Ich die Zeitung der Vater“, sprach Daisy, „wir haben seit drei Tagen die Post nicht abgeholt. Gott weiß, was sich inzwischen in der Welt ereignet hat.“

„Sie nahm die Zeitung und vertiefte sich darin. Plötzlich rief sie erschrocken: „Herr! Herr! Herr! Er ist tot! Ermordet!“

„Er ermordet?“

„Sie brachte ihm das Blatt: „Gies, da steht es. Er wurde tot auf der Straße gefunden. Man verurteilt einen jungen Burschen, den er bei sich aufgenommen hatte.“

„Wer ist der Bursche?“ fragte Mannister, erstarrt über die Aufregung der Geschwister.“

„Ein Freund von Jack Benson. Sie verbrochten einmal zusammen zwei Tage bei uns.“

„Ja, es gab einmal einen ungeheuren Skandal“, erklärte David Bright. „Bonds fraß er sich seinen Vater. Ich erinnere mich nicht mehr genau. Das Ganze hatte irgendwas mit dem Au-Klax-Klax zu tun.“

„Dann wird der hier erwähnte Bursche wohl ein Agent der Klax gewesen sein“, meinte der Farmer. „Der Au-Klax-Klax sieht früher oder später immer mit seinen Freunden abzurechnen.“

„Eine gutaussehende hübsche junge Dame mit einem goldblonden Kopfschopf, einen weißen Schleier über das freige Gesicht, das einer alten Dame auf einem der Bahnhöfe von Newport in der Jag feigte.“

„Das war, Großmama“, flüsterte sie in den lächelnden Tönen.

„Dann sprang sie mit außerordentlicher Gelassenheit selbst in den Zug, während die alte Dame noch in die Blickschienen zurück und blieb am Fenster stehen bis der Zug auswich.“

„Er auf dem Korridor sitzender älterer Herr betrachtete voller Interesse das hübsche junge Mädchen und freute sich über die heftige Sorgfalt, mit der dieses die alte Dame betreute.“

„Was anders als die jungen Mädchen von heute“, dachte er bei sich, „das sollte meine Frau sehen.“ Und er lächelte dem jungen Geschöpf bezaubernd an, als dieses ein flüchtiges und eine Decke anzog und absteigte. „Das bist du, liebe Großmama, du bist müde vom frühen Aufstehen. Ich will auch die Tür schließen, es geht.“

Der ältere Herr wäre bitter enttäuscht gewesen, hätte er die weitaus Worte gehört, die das hochgebornen junge Mädchen ihrer Großmama zugehört.

„Das ist die alte Frau, alter Mann! Und wenn du ein Wort sprichst, bleib ich dich tot.“

Unheimlich fruchtete die Drohung, denn die alte Dame schloß sofort die Augen und rührte sich nicht.

Die junge Dame starrte gelangweilt aus dem Fenster, blätterte in einem Buch, kollektierte auch ein wenig mit einem jungen Mann, der im Korridor auf und ab schritt. Als dieser jedoch Miene machte, das Rupee zu betreten, warf sie ihm einen bezauberten Blick zu, daß er schließlich kehrt machte und sich während der ganzen Fahrt nicht mehr sehen ließ.

Eine dicke Dame besorgte weniger Rücksicht, trat mit unzähligen Taschen und Taschen das Rupee. Die hübsche junge Dame setzte sich allends neben ihre Großmutter, streckte die Hand unter die Reisende, kniff die alte hilflose arme Dame drohend in den Arm, flüsterte ihr etwas zu. „Dann höst sie die schönen Augen flehentlich auf der Reisesfahrerin auf und sprach: „Darf ich Sie bitten, meine Großmama nicht anzudecken? Ich bringe sie eben aus einer Nervenzusammensturz heim und der Anblick lebender Menschen regt sie furchtbar auf.“

Die dicke Dame warf dem jungen Mädchen einen bedauernden Blick zu und meinte teilnahmsvoll: „Mein armes Kind, das ist doch eine furchtbare Verantwortung für Sie. Haben Sie denn keinen männlichen Verwandten, der Ihnen diese schwere Aufgabe hätte abnehmen können?“

„Ja nein“, die junge Dame leuchtete tief. „Ich stehe ganz allein auf der Welt, habe nur meine Großmama.“ Sie warf der anderen einen raschen Blick zu. „Hoffentlich fahren Sie recht lange mit uns, Ihre Teilnahme tut mir so wohl.“

„Gedert nicht, mein armes Kind. Ich frage schon auf dem übernächsten Station aus.“

Die junge Dame leuchtete abermals, doch dann dies seltsamerweise mehr wie ein Seufzer der Gleichgültigkeit als der Trauer.

Der Zug ratterte weiter, die Landschaft veränderte sich; die ungeheuren Felder Dakota's kamen in Sicht. Langsam senkte sich der Abend nieder.

Die junge Dame schien heiterer zu werden; sie pfiff halb laut einen Gassenhauer vor sich hin, schaute vor dem Spiegel des Fensters, sah den Schiefer, den sie zurückgeschlagen hatte, über die Nase.

Im Dämmerlicht verließen die beiden den Zug. Es war bereits Nacht, flüchtiger kalter Regen rieselte herab; der Novemberwind legte über die Ebene dasin.

(Fortsetzung folgt.)



ist im vorigen Jahre einen ganz guten Fahrplan und ganz günstige Preiskarten gehabt haben. Wir werden dafür eintreten, daß alles daran wird, um die Betriebssicherheit zu erhöhen. Wir verlangen, daß die Ueberschüsse der Reichsbahn benutzt werden, um den Betrieb und den Zustand der Bahn sicherzustellen. Bei der Umgestaltung und Zusammenlegung der Betriebswerkstätten hat das Ministerium nicht ohne Erfolg auf die Reichsbahnverwaltung in dem Sinne eingewirkt, daß auf das Personal möglichst Rücksicht genommen wird und Härten möglichst unterbleiben. Zur Fortsetzung der angefangenen Bahnbauten schließt es in vielen Fällen leider an den nötigen Mitteln. Wenn die nötigen Anleihen da sind, wird es hoffentlich möglich sein, auch das ganze Kanalprogramm durchzuführen. Ein Vertreter des Handwerks ist bereits in den Wasserstraßenbeirat delegiert worden. Deutschland wird sehr bald an einer großen internationalen Ausgestaltung des Luftverkehrs mitwirken.

Hg. Dr. Henz (Dem.) widerspricht den Ausführungen des Abg. Hanemann über die Art der Reduzierung. Eine neue Beratung im Ausschusse sei nicht notwendig. Die Erwartungen, daß vom Ruhrgebiet aus ganz Mitteleuropa mit Kraft versorgt werden könnte, seien wohl in das Gebiet der Romantik zu verweisen. — Abg. Bauer (Agr. Wpt.) wendet sich dagegen, daß den Rändern immer mehr Verkehrsrechte zugewonnen werden sollen. — Abg. Seibert (D. Wpt.) fordert eine Herabsetzung der Reichsbahngebühren mit dem Ziel, die Verkehrsverhältnisse der Reichsbahnbeamten denen der übrigen Reichsbeamten wieder anzugleichen.

Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag, 1 Uhr, vertagt.

### Sparbarkeit am rechten Platz.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Sonnabend bei der Verabschiedung des Reichswirtschafts wesentlichen Absichten an dem allzu kostspielig aufgestellten Haushaltsplan vor. So wurden für die bei dem Kapitel Geleitzleistungen 913 700 Mark, Herabsetzungen 200 000 Mark, Geräte und Ausstattung 15 000 Mark, Leibesübungen 75 000 Mark, Unterhaltung der Geräte 400 000 Mark. Bei dem Kapitel Mieten für Kasernen und andere Standortsgelände wird der Bauunterhaltungssonder von 1,6 auf 1,5 Prozent herabgesetzt. Bei dem Titel Waffen, Munition und Seereserve wurde ein Abstrich von 454 700 Mark vorgenommen. Bei dem Titel Kraftfahrzeuge wurden 178 440 Mark gestrichen, ebenso 600 000 Mark für An- und Umbauten bei der Kavallerieschule in Hannover. Von den 12 Millionen, die für Pferdebestellungen der Infanterie vorgesehen waren, strich der Ausschuß 200 000 Mark; weitere 300 000 Mark wurden von der Summe für einmalige Instandsetzung der Jungpanzer usw. gestrichen. Von angeforderten 800 000 Mark für Beschaffung von Unteroffiziers- und Mannschaftsfräsen strich der Ausschuß 300 000 Mark; die Summe für Ankauf von 3000 volljähriger Pferde verminderte der Ausschuß um eine halbe Million Mark, die Summe von 1 1/2 Millionen für die Beschaffung von Minenwerfermunition um 500 000 Mark, für Artilleriemunition um 350 000 Mark, für Neubeschaffungen von Truppengewehren um 250 000 Mark. Um eine ganze Million wurde die Summe für die Beschaffung von Artilleriegeräten gestrichen, um 442 000 Mark die für Wiedereinstellung und Einlagerung des Seeresergutes aus dem Felde und um 300 000 Mark der Titel Ergänzungsbauten. Außerdem wurden zahlreiche kleinere Streichungen vorgenommen.

Der Reichswirtschaftsminister sprach über dieses Sparvergehen des Ausschusses natürlich sein Bedauern aus. Im Laufe der Aussprache hatte Genosse Buchholz die schlechte Behandlung zur Sprache gebracht, die Behörden denjenigen angedeihen lassen, die schwarze Wasserläger angeben. In Götting hat sich z. B. die Reichsmehr nicht gehalten, solche Wasserläger als ihr gehörig zu bezeichnen, obwohl man sie direkt hatte verkommen lassen. Der Reichswirtschaftsminister mußte unter anderem angeben, daß es sich tatsächlich nicht um Wasserläger handelte, obwohl das dortige Kommando in einer Berichtigung an unsere Parteizeitung diese verlogene Behauptung aufgestellt hatte. Den Kommunisten machte der Reichswirtschaftsminister den Vorwurf, daß auch sie im Wasserlägermangel, besonders nach und aus dem Ausland eine ganz besondere Übung hätten. Der Reichswirtschaftsminister wurde schließlich verabschiedet.

### Abegg in Paris.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ministerialdirektor Abegg, der zurzeit im Auftrage der deutschen Regierung in Paris weil, hat sich in einer der französischen Presse gegebene Erklärung sehr zuverlässig über seine bisherigen Unterhandlungen mit den zuständigen französischen Stellen geäußert. Seine Mission definierte er dahin, die Frage der Erhöhung der Stärke der Schups über die im Vertrag von Versailles festgesetzten Grenzen zu regeln. Abegg ist bereits von der Vorkonferenz in dieser Angelegenheit gehört worden. Außerdem werde er mit den französischen Polizeibehörden in der ungarischen Rotenfallungssache Rührung nehmen. In diesem Zusammenhang sei in besonderer Mission unter anderem der Chef der Kriminalpolizei in Berlin, Herr Weiß, von der deutschen Regierung nach Paris entsandt. Die bisherigen Untersuchungen der deutschen Polizei hätten ergeben, daß an dem ungarischen Komplott Deutsche in irgend einer Weise nicht beteiligt seien. Das Ziel der Reise des Chefs der Kriminalpolizei sei, in voller Freundschaft mit der französischen Polizei bei der

Aufdeckung des Verbrechens zusammenzuarbeiten. Woll hat am Sonntag eine Zusammenkunft mit dem Polizeipräsidenten von Paris und der Direktion der Allgemeinen Sicherheitspolizei gehabt. Er wird sich nach Beendigung seiner Mission in Paris nach Brüssel begeben.

### Die Steuerkämpfe in Frankreich.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Briand hat sich am Sonntag davon überzeugen müssen, wie schlecht beraten er war, als er sich am Freitag durch die Spaltung des Kartells einen parlamentarischen Erfolg gesichert zu haben glaubte. Die Mehrheit, die ihm gefolgt ist, die von der Linken geforderte schärfere Erhebung der direkten Steuern zu demöstrieren, hat sich bereits wieder in alle Winde zerstreut. Nach den direkten Steuern sind es nunmehr die von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhungen der indirekten Steuern, wie sie eine nach der anderen in der Form der Rückverweisung an die Kommission oder Abtrennung ein Begründungs erster Klasse finden.

So sind am Sonntag in der Kammer die beantragten Erhöhungen der Abgaben auf Salz, Kaffee und Alkohol, die insgesamt 185 Millionen Mehreinnahmen bringen sollten, mit großer Mehrheit an die Kommission zurückverwiesen worden. Mit der Erhöhung der Tabakpreise, der Automobilsteuern und den Abgaben auf Benzin und mineralische Öle, deren Beratung am Sonntag nachmittags begonnen hat, wird es vermutlich kaum besser ergehen. Von der Kommissionsvorlage, an der nach der Sabotierung der direkten Steuern die Sozialisten und der linke Flügel der bürgerlichen demokratischen Gruppen jedes Interesse verloren haben, werden demnach nur noch klägliche Ruinen übrig bleiben. Angesichts dieser weder von Briand noch von seinem Finanzminister erwarteten Entwicklung wird auch die Regierung nunmehr den Rückzug antreten müssen. Doumer's ganze Taktik war von Anfang an auf die Spekulation eingeleitet, daß es ihm gelingen möge, der Kammer in der letzten Minute ein Datum zu geben, von dem an die eingetragene Zahlungssteuer entziehen zu können. Er scheint seit Sonnabend seine Haltung aufzugeben zu haben und nach allem, was darüber in den Mandelgängen der Kammer verlautet, wird die Regierung sich vorläufig mit den kümmerlichen Resten des Kommissionsprojekts, die alle im besten Falle 1,5 Milliarden Mehreinnahmen bringen, begnügen.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Parteien der Rechten propagierte Protestbewegung gegen die neuen Steuern, insbesondere gegen die von der Kammer im Dezember beschlossene Erhöhung der verschiedenen Abgaben vom Einkommen, nimmt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Nachdem sowohl in Paris wie der Provinz die Gewerkschaften einzelner Branchen zum Zeichen des Protestes ihre Läden geschlossen hatten, bereiten die großen Verbände des Detailhandels nunmehr eine große Kundgebung für den 3. März vor. Sie fordern ihre über 600 000 Mitglieder auf, an diesem Tage ihre Läden geschlossen zu halten und gegen die neuen, einseitig Handel und Wirtschaft belastenden Steuern zu manifestieren.

### Französische Nachwahlen.

Paris, 15. Februar. Die Erziehung der Kammer in Belfort hat dem Abg. Tardieu, einem der Mitarbeiter Clemenceaus, im ersten Wahlgang den Sieg gebracht. Dagegen hat eine Nachwahl zum Senat im Departement Seine et Oise der Sieg des radikalsozialen Kandidaten im dritten Wahlgang gebracht.

### Rußland will sich drücken.

Die russische Regierung hat am Sonnabend ihre Antwort auf die vom Völkerbund ergangene Einladung an Rußland zur Entsendung von Vertretern an die vorbereitende Abrüstungskonferenz veröffentlicht. Tschitscherin stellt im ersten Teil seiner Antwort fest, daß mit der Bestimmung von Genf als Tagungsort jede Möglichkeit einer Beteiligung der Sowjet-Union faktisch ausgeschlossen ist, und die Antwort fährt dann fort: „Die von der schweizerischen Regierung gegenüber der Sowjetregierung eingenommene Haltung trägt bedeutend zur Schaffung der Atmosphäre bei, in der das freisprechende Urteil im Prozeß gegen den Mörder Borowskis möglich wurde. Dadurch, daß der Mörder nicht bestraft wurde, wurden die Sowjetbürger, insbesondere der offizielle Sowjetdelegierte außerhalb des Gefeches gestellt. Die Sowjetregierung kann ihre Delegierten nicht in ein solches Land entsenden, solange sich die Verhältnisse, die zurzeit der Ermordung Borowskis bestanden und weiter bestehen, nicht geändert haben. Der Sowjetregierung wird auf diese Weise die Möglichkeit genommen, an der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, falls diese nicht nach einem anderen Ort einberufen werde. Die Sowjetregierung erklärt den Völkerbundsrat für ihren Ausschluß an der Teilnahme an dieser Kommission verantwortlich.“

### Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 15. Februar. Nach Meldungen, für die noch keine offizielle Bestätigung vorliegt, sollen die Franzosen unter dem Druck der Offensiv-Abd el Krims die Stellung auf dem Marfou Tafel, das im Zentrum der französischen Front liegt, geräumt haben. An der spanischen Front wird eine Wiederaufnahme der Aktivität des Gegners gemeldet.

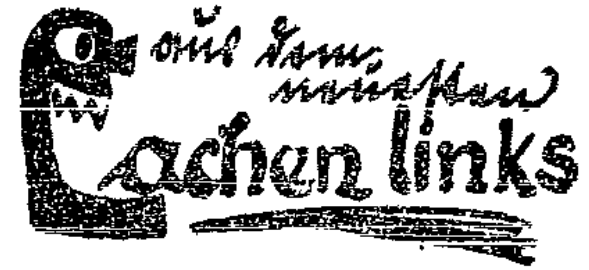
## Genossenschaftswesen.

**Soziale Leistungen von Konsumgenossenschaften.**

Der Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend hat im Herbst vorigen Jahres an eine Reihe gemeinnütziger Organisationen und an die städtischen Hilfsstellen erhebliche Beiträge überwiesen und an 2352 erwerbslose Mitglieder Waren im Werte von 18 300 Mark unentgeltlich abgegeben. Außerdem hat er seinen den Brotpreis um 10 Pf. je Brot herabgesetzt um zur Verringerung der gegenwärtigen großen Not beizutragen. Die Dauer dieser Maßnahme steht noch nicht fest. Der Konsumverein für Bielefeld und Umgegend hat sich diesem Vorgehen angeschlossen. — Die Handelsgesellschaft „Produktion“, Hamburg, gewährt auch in diesem Winter Bedürftigen ein nahrungsmitteliges Mittagessen, das an bestimmten Stellen unentgeltlich verabfolgt wird. Die Kosten belaufen sich auf mindestens 150 000 Mark. In ähnlicher Weise haben zahlreiche Genossenschaften aus ihren immer noch recht bescheidenen Ueberflüssen Mittel bereitgestellt, um dem ärmsten Elend zu helfen. Sie würden noch mehr leisten können, wenn sie nicht durch Hemmnisse und Trud aller Art in ihrer Entwicklung gehindert würden. — Der Allgemeine Konsumverein für Chemnitz und Umgegend stellte insgesamt 10 000 Mark für arbeitslose und kurzarbeitende Mitglieder zur Verfügung.

### Genossenschaftliche Geschlossenheit.

Die Neujahrstrachtung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 2. Januar 1926 stellt als größte, zu erwartende Leistung der Konsumgenossenschaftsbewegung im neuen Jahre die genossenschaftliche Geschlossenheit, das unüberbrückbare Zusammenhalten in allem genossenschaftlichem Geiste, ohne unnütze Eingelesenes und Verdrängungen des Genossenschaftsgeistes. Es heißt dort: Das Jahr 1926 wird Arbeit in Hülle und Fülle bringen. Sie wird sicher nicht leichter der Weg zum Ziele nicht bequemer werden. Im Gegenteil! Wer da glaubt, jetzt sei schon Zeit zum Verschlafen, geht fehl. Erst reist werden alle Kräfte zusammengekommen, noch recht oft werden die Zähne zusammengebissen werden müssen. Die deutschen Konsumgenossenschaftler haben sich durch ihre Beschlüsse die Bahn selbst vorgezeichnet. Das Geheimnis allen genossenschaftlichen Könnens, Leidens und Vollbringens ist die Einheitslichkeit und Geschlossenheit, mit der die Vielen an die Lösung der Aufgaben gehen, die sie sich freiwillig gestellt haben. Jede Schwächung und Durchlöcherung dieser Geschlossenheit bedeutet Verlust und Schaden, jede Stärkung und Festigung Gewinn und Nutzen. Es ist gut, bei jeder Gelegenheit eindringlich darauf zu verweisen, daß das Wandern im Reich und Gutes, Schulter an Schulter, mit „Luchslung“, den Weg zum Ziele führt, und daß das eigenwillige Abbiegen auf Neben- und scheinbare Richtwege die Bahn des Ganges verlängert, ohne den einzelnen rascher vorwärts zu bringen. Dabei zu wirken, daß diese aus dem Wesen der Genossenschaft entspringende Erkenntnis wieder in aller Stärke Denken und Handeln der Genossenschaftler bestimme, muß die täglich neu aufzunehmende Arbeit aller auf den Fortschritt der Bewegung bedachten sein.



Die väterländische Haltung der Justiz im Fememordprozeß

## Aus aller Welt.

### Das farbige Berlin.

Die Berliner Akademie der Künste hat auf Gesuchen des Oberbürgermeisters Böck sich ausdrücklich über die jetzt auch in der Reichshauptstadt begonnene farbige Behandlung des Stadtbildes geäußert. „Die Farbe“, so führt das Gutachten Prof. Max Liebermann aus, „ist zu allen Zeiten ein wesentliches Moment für die Architektur gewesen, und die farbige Behandlung der Gebäude im Innern wie an ihren Außenflächen ist nicht minder wichtig als die der reinen Bauformen und muß dementsprechend ernst genommen werden. Der Wunsch nach Farbe hat natürlich seine Berechtigung und sollte für Neubauten beachtet und sorgfältig erwogen werden. Heute erdriert mehr denn je der Ruf nach Farbe, zumeist mit der Begründung, man solle loskommen vom „grauen Eimer“, der öffentlichen Gebäude, zum Beispiel der Schulen. Die Akademie der Künste hat durch eine Kommission verschiedene der neuerdings farbige behandelten Gebäude besichtigt lassen und mußte sich dabei leider überzeugen, daß die Wirkung, Farbe bei bereits vorhandenen Gebäuden anzuwenden, zu sehr behauerlichen Mißgriffen geführt hat. In einer Schule ist zum Beispiel die Kapelle, die in einem roten Ziegelbau ausgeführt ist, farbige gestrichen worden, in Rot und Grün, und zwar in einer gegenseitig abwechselnden, der architektonischen Gliederung völlig zuwiderlaufenden Farbenverteilung, so daß die ursprüngliche Bedeutung der Gliederung völlig aufgehoben wird.“ — Schließlich hat Professor Liebermann fest, daß sich für die Anwendung der Farbe in und an Gebäuden keine Regel aufstellen lasse. Es sei die Anwendung der Farbe vor allem bei Schulgebäuden zu erörtern, es dürfe jedoch kein „künstlicher Glanz“, wie in anderen Städten, so zum Beispiel in Moskau, angedacht werden.

### Die Weltmeisterschaft im Kunstturnen.

Für Herren und Paare wurde am Sonntag im Berliner Sportpalast ausgetragen. Die Weltmeisterschaft im Herrenkunstturnen für 1926 wurde wieder von dem Wiener Willy Böckl gewonnen. Den 2. Platz belegte ebenfalls ein Wiener, Dr. Otto Reichle, der 3. Platz konnte Jörgen-Peter-Peter-Franz-Engelmann belegen. Die Weltmeisterschaft im Paarkunstturnen gewann das französische Paar André-Jolles-Pierre-Brunei siegreich. Der

2. Platz wurde von dem Wiener Paar Lilla Scholz-Otto Kaiser, der 3. Platz von dem norwährigen Meisterpaar Jans-Brude (Wien) und der 4. Platz gleichfalls von einem österreichischen Paar Hochhalter-Wampert belegt.

### Der Sittlichkeitsverbrecher Regier.

Der wegen des Mißbrauchs von 16 minderjährigen Berliner Schulmädchen in Haft genommen wurde, ist Sonnabend mittag unter der Wucht des gegen ihn vorgebrachten Beweismaterials untermengenbesessen und hat ein Geständnis abgelegt, in dem er sämtliche ihm zur Last gelegten Fälle zugibt. Er ist daraufhin sofort in das Untersuchungsgefängnis Moabit überführt worden.

### Ein Sturm im Gerichtssaal.

entstand anlässlich der Urteilsverlesung in der Verhandlung gegen den Bäcker Kohrbach, der sich wegen Straßenraubes in Berlin zu verantworten hatte. Schon während der Ausführungen des Staatsanwalts fuhr sich der Angeklagte Kohrbach, der an Krämpfen leiden soll, witzig durch das Haar. Schließlich sprang er wie ein Hasenbuckel auf und konnte nur mühsam von dem im Saal amtierenden Beamten gebändigt werden. Erst als die Anklage eine größere Zahl von Polizeibeamten herbeigerufen hatte, gelang es, den Angeklagten niederzuhalten und das Urteil zu verkünden, das eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten aussprach.

### Welschgoldhämmerer.

sind als Inflationsercheinung in Paris aufgetaucht. So wurden in dem Pariser Bierzirkel Rentianten vier Personen verhaftet, die Goldmünzen und Silbergeld aufkauften und einschmolzen. Sie haben eingestanden, daß sie in drei Monaten etwa 1200 Kilogramm Gold und Silber eingeschmolzen haben.

### Die blutige Hand.

Der spanische Schwergewichtsbokser Paolino hat sich in seinem Kampf mit Diener eine Verletzung der linken Hand zugezogen, die nach ärztlichem Befund in einem Bluterguß auf dem Handrücken und einem wuchernden Abszess des dritten Mittelhandknochens besteht. Paolino wird deshalb in der nächsten drei Wochen weder trainieren noch kämpfen. Der Kampf um die Europameisterschaft gegen Gammis-Nahien soll am 15. Mai in Barcelona ausgetragen werden.

**Im Wormser Brandstifter-Prozeß**  
sind alle Angeklagten freigesprochen worden. Werte über 500 000 Mark wurden seitherzeit bei dem Brand der Zellulosewarenfabrik in Worms vernichtet, so daß sich der Staatsanwalt veranlaßt sah, gegen den Angeklagten Sontheimer wegen Verleitung zur Brandstiftung zwei Jahre Zuchthaus, gegen einen Handlungsgehilfen und einen Arbeiter je einhalb Jahre Zuchthaus zu beantragen.

### Ein vierstöckiges Fabrikgebäude.

eine Baumwollspinnerei bei Chemnitz, wurde trotz des Eingreifens der Feuerwehr aus zehn Nachbarorten vollständig eingeebnet.

### Die letzten Rettungsarbeiten.

an den im finnischen Meerbusen eingefrorenen Dampfern sind nunmehr beendet. Auch der deutsche Dampfer „Johannes Merz“ ist in Lentragrad bei Sturm eingelaufen. Wie die Kapitäne der durch die Eisbrecher in den Hafen geschleppten Dampfer berichten, haben die russischen Eisbrecher die im Eis eingeschlossenen Dampfer regelmäßig mit Lebensmitteln versorgt.

### Transoceanisches Ferngespräch.

Wie der „Daily Telegraph“ berichtet, wurden am vergangenen Sonntag zwischen der englischen Großfunkstation Rugby und der Versuchstation der amerikanischen Telephongesellschaft auf Long Island Experimente einer praktischen drahtlosen Telephonie ausgeführt. Die Versuche begannen in den frühen Morgenstunden des Sonntags und dauerten bis in die tiefe Nacht hinein. Sie ergaben, daß die Verständigung zwischen den englischen und amerikanischen Teilnehmern dieser drahtlosen Ferngespräche kaum schwächerer erwies als zwischen Telephonstationen am Rande des Kontinents. Die Engländer und ihre amerikanischen Gegenüber konnten sich gegenseitig auf Grund der Distanz, die der drahtlose Verkehr ihnen herbeiführt übermitteln, auf den Kopf zuzugewandt, aus welcher Gegend sie kamen. Die drahtlose Telephonie ist mit diesem transoceanischen Ferngespräch in das Stadium ihrer praktischen Anwendung im Massenverkehr eingetreten.

### Das persische Parlament.

hat mit großer Mehrheit den deutschen Junkerarmen die „Kommission“ für die wichtigen Ostvertragslinien vom Schwarzen Meer zum Persischen Golf zugesprochen.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. Februar.

Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Mittelschlesiens.

Die Frauen und die Probleme der Gegenwart. — Die Welt der Geschlechtskrankheiten. — Fort mit 218. — die Aktivierung der Frauen.

Die gestrige Konferenz sozialdemokratischer Frauen Mittelschlesiens, die stark besucht war, zeigte aus dem, welche große Arbeit der sozialdemokratischen Gedanken unter den Frauen zu entwickeln vermag. Das die sozialdemokratische Frauenbewegung sich eine außerordentlich intensive Wirkkraft besitzt, beweisen der Bericht, die Referate, die rege und interessierte gehaltenen Diskussionen, die über die in den Reden aufgestellten Resolutionen geführten wurden. Wenn dies der Zweck der sozialdemokratischen Frauenkonferenzen sein soll, die Teilnehmer zu Hauptpolitiker und sozialistischer Aktivität zu erziehen, stand die gestrige Zusammenkunft unter einem verheißungsvollen Zeichen. Es war außerordentlich erfreulich, zu bemerken, mit welcher Aufmerksamkeit die Frauen den Referaten der Genossinnen Wurm, Berlin und Zils-Casteln folgten, mit welchem Eifer sie in die Debatten eintraten, jene Frauen, die zum großen Teil die Besonderen einer langen Eisenbahnfahrt hinter sich hatten. Und als letzten die Vorrede, Genossin Franz, immer wieder den Appell zu größerer politischer Aktivität an die Frauen richtete, so wird ihr das Ergebnis der Konferenz, gezeigt haben, daß diese Aktivität, wenn auch noch nicht im vollsten Ausmaß vorhanden, so doch sichtbar im Anmarsch ist.

Der Wirkung dieser Aktivität dienen die Referate. Genossin Wurm entwarf in einem Vortrage von hoher Instruktion ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Gegenwart, bedachte die Zusammenhänge auf die Politik, Wirtschaft und Sozialleben verhängen, und betonte immer wieder die Notwendigkeit, das Interesse der Frauen diese Probleme zu gewinnen. Sie bewies, daß die Frau der großen Politik und der Volkswirtschaft nicht indifferent gegenüber stehen darf, da ja deren Auswirkungen in das häusliche Leben der Frau hineinwirken, wie es die gegenwärtige Wirtschaftskrise zeigt. Das Referat der Genossin Wurm, das die Themen ungemein lebendig, anschaulich und leicht faßlich zur Entfaltung brachte, machte zunächst mit den letzten Voraussetzungen zu den heutigen aktuellen Fragen bekannt, zeigte dann deren Schichtung und Verbundenheit, um schließlich zu den Konsequenzen und zur Einführung der sozialistischen Bewegung in den heutigen hochkapitalistischen Zeitalter gegenüber überzugehen. Der Durchdringung der Proletarierinnen mit sozialistischem Geiste. Die Erklärung zweier besonders brechend gewordener Fragen fand ihren Niederschlag in folgenden Entscheidungen:

Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Mittelschlesiens fordert von ihrer Reichstagsfraktion, daß sie die Umänderung der in den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs enthaltenen Bestrafungen sofort, nach vor Ablauf der großen Strafrechtsreform, bezieht. Die Zahl der Verurteilungen und Verurteilten wegen Abtreibungen steigt von Monat zu Monat. Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht imstande, die wirtschaftliche Not, die Wurzel der Abtreibung, zu beseitigen. Darum muß die Partei des Proletariats dafür sorgen, daß die Opfer ihrer Klassenlage nicht wegen der aus ihrer Armut folgenden Taten noch bestraft werden.

Die Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens fordert vom Reichstage die schnelle Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Sie fordert weiter, daß ausreichend öffentliche Mittel für die sachgemäße ärztliche Versorgung der Geschlechtskranken auch der unbemittelten Volksschichten bereitgestellt werden. Mittellose Geschlechtskranke dürfen keinesfalls der unkontrollierten und unkontrollierbaren Behandlung durch Kurpfuscher ausgeliefert werden.

Die Konferenz erwartet von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie für ein geschlechtes Berbot der Behandlung Geschlechtskranker durch nicht-approbierte Ärzte eintritt.

Das Referat der Genossin Zils-Casteln, das nach der Mittagspause erfolgte, knüpfte an die Konsequenzen der vorhergehenden Ausführungen an und hatte die technisch-organisatorischen Fragen der Aktivierung der sozialistischen Frau zum Gegenstande. In welchem Grade die Medizin ein so an und für sich trodenes Thema interessant gestaltet, ging aus der sich anschließenden Diskussion hervor, welche die als Vorläufer für interne Organisationsmethoden formulierten Leitlinien näher behandelte und prüfte. Jedenfalls zeigte diese außerordentlich lebendig geführte Debatte, daß zu der auf der Konferenz in Form einer berechtigten Beschwerde Stellung genommenen Behauptung von der politischen Zweifelhaftheit der Frau die Voraussetzungen fortgefallen sind, und die rege Teilnahme, mit der in der Diskussion das Thema der Fürstenabfindung besprochen wurde, lehrt, daß auch für aktuelle Fragen intensives Interesse geweckt werden kann. Nach einem Schlusswort der Genossin Wurm schloß nach fast stundenlanger Dauer die Konferenz.

Der Fall Paul.

Der Zentrumsvizepräsident Karl Paul, der Leiter der Kreisabteilung der Breslauer Sparkasse, hat sein Mandat niedergelegt. Zu seinen Verfehlungen nimmt die „Schlesische Zeitung“ eine recht eigenartige Weise Stellung. Sie schreibt:

Stadtvorsteher Paul gehört seit der Revolutionswahl vom 2. März 1919, durch die städtischen Beamten der jülicher verfassungsmäßigen Eintritt in die Stadtvorstandsvorstellung eröffnet wurde, der Stadtvorstandsvorstellung an. Er genoss das ganz besondere Vertrauen der Zentrumspartei, was außer manchen ehrenden Stellungen, z. B. Vorsitzender des Finanz-Ausschusses des Katholikentages, auch darin zum Ausdruck kam, daß er in den Vorstand der Stadtvorstandsvorstellung als erster Beisitzer delegiert wurde. In Beamtenfragen hat er seinen Einfluß mit Hilfe seiner Partei geltend gemacht. Die Zentrumspartei hat mit ihm das gleiche Unglück gehabt, die der demokratische Teil der Beamtenschaft mit der Wahl des Vizepräsidenten Karl Gängel, der ebenfalls bei den Revolutionswahlen als Beamtensprecher in die Stadtvorstandsvorstellung kam und der sich an amtlich ihm anvertrauten Kollegenangelegenheiten schickerte. Aus beiden Fällen ist wiederum zu ersehen, daß die Angelegenheiten der Beamten früher besser aufgehoben waren, als die Beamtensprecher noch nicht in der Stadtvorstandsvorstellung waren. Jedenfalls hat das Mandat in diesen beiden Fällen keine Träger in Behörde gebracht, denen sie nicht gewachsen waren. Das parlamentarische Gewicht, das sie als gewählte Stadtvorstandsvorstellung erhielten, hatte eine Atmosphäre um sie verbreitet, die die Verantwortung gab zu einer solchen Zurückhaltung hinsichtlich der lang amtlich gegebenen Kontrolle, und das war ihr Unglück. Es lohnt sich unternommen, darauf hinzuweisen, daß Herr Paul neulich erst als Vertreter seiner Fraktion die Erklärung abgegeben hat, wonach das Zentrum nicht den Sozialdemokraten

daß die „Schlesische“ an seinem Wirken etwas auszuweisen gehabt hätte. Unschönend baut die „Schlesische“ nun aber vor, denn in diesem Falle interessiert sich die Bevölkerung bereits sehr lebhaft dafür, wem Paul so große und bedachte Kredite gewährt hat. Es müssen doch ganz besondere Leute gewesen sein, wenn Paul so großes Vertrauen in ihre Person und ihre Zahlungsfähigkeit setzte, daß er ihnen zu Liebe sogar unrichtige Buchungen vornahm. Sollte Herr Paul etwa gar, wie man munkelt, über die Verbindung des Zentrums nach rechts gestraucht sein? Sollte ihn diese Verbindung blind dafür gemacht haben, daß man gewissen Leuten nicht fünf Pfennige ohne Sicherung anvertrauen darf? Die Pleite der städtischen Bank, sowie die Pleite des Landbankvereins sind doch sehr schmerzhaft für den, der sie beherzigen will. Aber die Liebe macht öfter blind. So wollen wir hoffen, daß der Magistrat recht bald bekannt gibt, wer bei der Girokasse so hart überzogen ist.

Genosse Hirt gestorben.

Der Direktor des Wohnungsamtes der Stadt Breslau, Genosse Johannes Hirt, verstarb am 13. Februar. Er war Vorstandsmittelglied der vereinigten Wohnungsämter und hat sich außerdem im Arbeiterwohlfahrtsverein mit seinem Rate oftmals betätigt. Genosse Hirt war am 18. Oktober 1869 in Bergen, Kreis Stralsund, geboren. Seit Oktober 1900 als Bauvollzugs-Kommissar in Posen, seit dem 17. Juli 1905 im Dienst der Stadt Breslau. Am 1. Januar 1907 wurde er Wohnungsaufsicher, am 6. März 1908 Wohnungsinpektor. Im Juli 1919 wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte als Wohnungskommissar betraut, wo er auf wichtigem Posten Schweres auszuhalten hatte. Seit Januar 1925 war er Direktor des Wohnungsamtes.

Die große Erregung.

die durch alle Volksschichten über die Unversämlichkeiten ausgerechnet eines Mussolini geht, bringt die Gefahr nationalsozialistischer Gehirnveränderung mit sich. Man braucht nur einmal fünf Minuten einem Stammlingsgespräch zuzuhören. Die in nationalsozialistischen Verlegungen entgegengesetzten, in Sache aller Friedensfreunde. Notwendig ist dazu genaue Kenntnis des Faschismus. Genosse Dr. Fankfurter, der selbst als kritischer Beobachter in Italien war, schildert die faschistische Episode in Italien in seiner Schrift „Das Mussolinis Reich“. Der Preis beträgt 75 Pfennige. Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung, Breslau 2, Neue Straßenseite 5.

Aufwertung von Kriegsanleihe.

Die durch das Aufwertungsgezet vorgeschriebene Annahmefung des Altbesitzes an Kriegsanleihen und anderen Wertpapieren kann nur von den Berechtigten selbst eingeholt werden. Die städtische Sparkasse ist nicht berechtigt und auch nicht verpflichtet, von Amts wegen die Annahmefung zu betreiben. Die Annahmefrist läuft bekanntlich bis 28. Februar 1926. Bei der überaus großen Menge der Annahmeforderungen ist dringend zu empfehlen, die letzten Tage abzuwarten, damit die Frist nicht verjährt wird.

Schwindelmanöver der SPD.

Wie geben nochmals bekannt, daß die Sammelliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit folgendem Kopf vordruckt ist:

Die Volksbegehren, Volksschlichtung zur entlastungslosen Entgegung der Forderungen. Sammelliste Nr. ... der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Breslau-Mittelschlesien.

Trotzdem geht die SPD von Haus zu Haus, von Straße zu Straße, um Gelder zu sammeln unter dem Deckmantel SPD und SPD, zum gemeinsamen Kampf, zur entlastungslosen Entgegung der Forderungen. Das Parteien zum bestimmten Zweck Geld sammeln, um ihren Kampffonds zu füllen, ist verständlich. Daß aber die SPD zu diesem Zweck den Namen der SPD mißbraucht, zeigt von dem Charakter dieser Partei. Auf die Beschwerden, die an uns gelangt sind, fühlen wir uns veranlaßt, folgendes mitzuteilen: Im Hause Lemischstraße 25 wohnt der Bannerträger des roten Frontkämpferbundes Herzog, der seine Frau veranlaßt, mit solchen Sammellisten häuslicher zu gehen und Gelder zu sammeln. Verschiedene Frauen von Genossen sind darauf herein gefallen und haben Geldbeträge gezahlt. Wie ich weiter erfahren habe, hat man auch auf der Kurfürstenstraße Gelder gesammelt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß wir unsere Agitation für den Volksschlichtung der Entgegung der Forderungen entgegenhalten, aber gemeinsam bei der Festimmung die Gegner unserer Parole schlagen wollen. Wir bitten, alle unter dem falschen Deckmantel zur Zeichnung vorgelegten Listen zurück zu weisen und nur auf unseren, wie oben erkenntlich angegebenen Listen Beiträge zu zahlen.

Bahnhof Breslau-Nikolaier.

Die Preßstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Der im Juni v. J. eröffnete Bahnhof Breslau-Nikolaier ist anscheinend infolge seiner Lage vielen Reisenden nach und von Richtung Trachenberg und Oels nicht genügend bekannt, so daß sie die Fahrt von oder bis Breslau-Hauptbahnhof vorziehen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Bahnhof Nikolaier gerade für den Reiseverkehr zwischen dem Westen der Stadt und den angegebenen Richtungen sehr günstig liegt, zumal auch Sonntagsfahrkarten für beide Richtungen auflegen. Reisegepäck kann vorläufig nicht abgefertigt werden. Im November vorigen Jahres ist dort auch eine gut geleitete Bahnhofs-Wirtschaft eingerichtet worden. In der Nähe des Bahnhofes liegen die Haltestellen der Straßenbahnlinien 5 und 6.

Der Nationalismus als Heilfaktor.

Als die beste Hilfe für den Mittelstand in allen Krankheitsfällen: des Vaters, der Mutter, der Kinder und aller sonstigen im Haushalt Lebenden, nicht erwerbstätigen Personen, empfiehlt sich zurzeit der Deutschnationale Kranken-Versicherungsverein, die Krankenkasse des nationalen Mittelstandes.

Armer Mittelstand, dir geht es schlecht! Mit der „Selbsthilfe“ ist es nichts, es wird nur der Mittelstand dort gepöbeln, wo er am allerdümmsten ist, nämlich beim Nationalismus. Der Aufnahmearbeit ist voll neugieriger Fragen über frühere Krankheiten, Unfälle, Gebrechen, Kriegsverletzungen, Dienstbeschädigungen, fehlende Zähne, frange Zähne, hohle Zähne, kinkliche Zähne, lauter Fragen, die am Ende darauf hinauslaufen, daß es trotz gezahlter Beiträge eines Tages keine Unterstützung gibt, weil sich der Kranke durch wahrheitswidrige Angaben oder Verschweigen früherer Krankheiten die Mitgliedschaft erschlichen hat. Die Kasse, ist gegründet und wird vermarktet von Männern, die über eine fünfundszwanzigjährige Erfahrung im Krankentassenwesen verfügen. Bekanntlich sind alle ähnlichen Kassen von solchen Männern gegründet worden. Bald machen dann die „Versicherten“ mit den erfahrenen Männern ihre Erfahrungen.

Zu beneiden sind in diesem Falle die Juden, die natürlich in dem „nationalen“ Unternehmen nicht aufgenommen werden. Also können sie weder Schaden noch Einsätze erleiden.

10 000 Mark für jugendliche Erwerbslose.

Der Magistrat trat in seiner letzten Sitzung den Fürsorgemaßnahmen der Stadtvorstandsvorstellung für jugendliche Erwerbslose bei und bewilligte für diesen Zweck einen Betrag von 10 000 Mark. Als Unterlage für seinen Beschluß dienten dem Magistrat die von dem Berufsamt und dem Arbeitsnachweise ermittelten Zahlen von 844 weiblichen und

weibes und des Berufsamtes (Näh-, Haushaltungs- und Kurzschrittlere) erfaßt sind. Es galt also noch für weitere rund 1300 erwerbslose Jugendliche geeignete Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden, die nach den gegebenen Verhältnissen im wesentlichen nur aus der Veranstellung von Lehrgängen verschiedener Art bestehen können. Hierfür sollen einerseits die bereits vorhandenen Einrichtungen im Knaben-Jugendheim, in der Matthiasstube, und im Mädchen-Jugendheim, an der Lehmgrabenstraße, für Forträge, Lichtbildvorführungen, Haushaltungs-, Näh- und Bastelkurse in Anspruch genommen werden. Andererseits beabsichtigt der Magistrat im Schulhaus Rosenstraße Werkstätten zu errichten, die mit Hobelbänken und Werkzeug aller Art ausgerüstet werden und dazu dienen sollen, die Jugendlichen in der Tischler- und Malerarbeit auszubilden. Hierdurch könnten insgesamt etwa 600 Jugendliche den Gefahren der Straße fern gehalten werden. Weiter wird es möglich sein, den Besuch der Berufsschule, zu dem an und für sich nur solche erwerbslose Jugendliche verpflichtet sind, die bereits einmal eine Beschäftigung gehabt haben und deren Alter 17 Jahre 6 Monate nicht übersteigt, auch auf weitere Kreise auszudehnen, wozu dann noch voraussichtlich ergänzende Unterrichtsstunden in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule treten werden, so daß unter Zuzunahme dieser weiteren Maßnahmen annähernd die Gesamtheit der erwerbslosen Jugendlichen untergebracht wäre. Notstandsarbeiten durch Jugendliche ausführen zu lassen, läßt aus beschleunigten Gründen auf Schwierigkeiten. Einmal sind die Mittel der Erwerbslosenfürsorge beschränkt, so daß man nicht erwarten kann, in erster Reihe für ältere verheiratete Erwerbslose bereit gehalten werden und endlich erhalten nur die Jugendlichen über 16 Jahre, die an Notstandsarbeiten teilnehmen, eine Unterstützung. Den jüngeren zwischen 14 und 16 Jahren könnte also nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften eine Unterstützung nicht ausgehört und es daher auch noch ihnen nicht erwartet werden, daß sie an Notstandsarbeiten teilnehmen.

So viel über die Pläne des Magistrats im allgemeinen. Im einzelnen kann noch hinzugefügt werden, daß an der Verabschiedung eines Frühstücks oder eines Biskuitbrottes und an der Ausgabe von Schwamm- und Badelarten an die regelmäßigen Teilnehmer der Lehrgänge und Forträge gedacht ist. Alles Nähere über den Beginn der Veranstaltungen wird demnächst bekanntgegeben werden.

\* Faschnacht im Gewerkschaftshaus. Die Leitung des Gewerkschaftshauses veranstaltet Dienstag unter Mitwirkung der beliebigen Hauskapelle ein großes Faschnachtsfest mit Bockbier und Schmeinschlachten.

\* Im Parteisekretariat sind ein Paar Handschuh liegen geblieben. Abzuholen in Zimmer 37.

\* Nähting, Gewerbe-, Kaufmannsgerichts- und Schlichtungs-ausschüßler! Dienstag, den 16. Februar, findet abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, eine Sitzung statt. Tagesordnung: Einführung in das Zivilprozeßrecht. Referent: Rechtsanwalt Dr. Eckstein. Aussprache und Beschluß. Es wird das pünktliche Erscheinen aller Beteiligten bestimmt erwartet.

\* Das Arbeitsamt für die Schlesische Jugendbewegung bereitet eine Reihe von Forträgen vor, die in erster Reihe dazu dienen sollen, der wandernden Jugend ihre Heimat vor den verfallenden Seiten zu zeigen und nahe zu bringen. Es wird dadurch beabsichtigt, die Wanderungen der Jugend fruchtbarer zu gestalten. Den einleitenden Vortrag zu dieser Reihe wird Dr. H. Wöhe am 25. Februar 1926, abends 8 Uhr, im Matthias-Gymnasium halten. Das Thema lautet: „Geologie auf Wanderungen“. Eintrittskarten sind in der Buch-, Kunst- und Warenstube „Grenz“, Bischofsstraße 14 und an der Abendkasse erhältlich.

\* Wieviel Einwohner hat Breslau? Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Dezember 1925 auf 539 491 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Januar 1926 nach der „Fortführungs“ des städtischen Statistischen Amtes 560 402. Geborene wurden 779, Gestorbene 655 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß von 123. Die Zahl der Zugewogenen belief sich auf 3887, die der Fortgezogenen auf 3099, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 788 und ein Mehr an Haushaltungen von 20 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende Dezember 1925 um 911 Köpfe.

\* Technische Messe in Leipzig. Auf dem Gelände der Technischen Messe in Leipzig ist eine Eisenbahn-Eppegutabfertigung errichtet worden, der die Eppegüter auf einem Zweiggleis von Leipzig-Stötteritz unmittelbar zugeführt werden, wenn in der Abzweig neben Bestimmungsgestation vermerkt ist: „Technische Messe“. Die von den Versandstationen zu erhebende Ueberführungsgebühr beträgt bis 50 Kilogramm 50 Pfennige, bis 100 Kilogramm 75 Pfennige, über 100 Kilogramm 1 Mark. Selbstabholung wird in größerem Umfang ermöglicht, so daß dann alle Speditionen entfallen.

\* Im städtischen Mädchenjugendhort II spricht am Montag, den 15. dieses Monats Frau Direktorin Besser, Leiterin der Sozialen Frauen-Schule über „Das Recht der Jugend auf Freude“. Der Eintritt ist frei. Es handelt sich hierbei um den ersten der drei vom Verband Frauenwohl in Gemeinschaft mit dem städtischen Jugendamt veranstalteten Forträge über das Gesamthema: „Wohlfahrt der weiblichen Jugend“.

\* Direktor Bogt von der Schlesischen Junktunde hat einen Urlaub auf unbestimmte Zeit angetreten und dürfte wahrscheinlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

\* Die Kindesleiche im Waldsteig. Am 11. Februar, gegen 11 Uhr vormittags, wurde in den hiesigen Waldsteiganlagen die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Da die Kindesleiche Körperverletzungen aufwies, ist gewalttätiger Tod nicht ausgeschlossen. Die Kindesleiche war in weiße Leinwand, Zeitungspapier (Neueste Nachrichten Nr. 102) und braunes Packpapier gewickelt. Zweideutige Angaben über die Mutter des Kindes, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, erbittet die Kriminaldirektion Breslau, Schußstraße 46, 2. Stock, Zimmer 6.

\* Von einem Ast gegen einen Baum geschleudert. Auf der Michaelsstraße versuchte am Sonnabend morgen ein Mann die Straße zu überqueren, als er von dem Astflügel eines Laub-Astes erfaßt und kopfüber gegen einen Baum geschleudert wurde. Dort blieb er längere Zeit besinnungslos liegen, bis ihn hilfsreiche Passanten in seine Wohnung brachten.

Fürstenabfindung.

Fürstenbabgier — und Vorkess! Es wirkt wie Feuer und Wasser. Das deutsche Volk in größter Not. Soll frohen für geile Wasser.

Not, Kummer und Glend überall. In den Häusern — wie auf den Gassen. Doch Vaterlandsstolz? „Ein letzter Schrei“. Sie können das Rauben nicht lassen.

Sie laßten vom Raube in alter Zeit. Als sie thronen auf ihren Zwergen. Sie tauchten dann malter als „Dhrigkeit“. Soll ihnen das weiter gelingen?

Da Volk in Not — gerührt — gelagrt — Brüll auf nun und kromple die Hände. — Am Saß mit aus ihr Bundespaß.







# Überhöhte Arbeitszeiten in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten.

Wir haben schon wiederholt auf die in den schließlichen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten übliche lange Arbeitszeit für das Pflegepersonal hingewiesen. Bisher betrug diese für das männliche Pflegepersonal 81 Stunden und für das weibliche Pflegepersonal bis 131 Stunden in der Woche.

Am 6. Mai 1925 beschloß sich der Niedersächsische Provinziallandtag mit dem Antrag, die Dienstzeit des Pflegepersonals in den schließlichen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten auf 60 Stunden in der Woche herabzusetzen. Es wurde der Beschluß gefaßt, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen.

In mehreren Sitzungen und Verhandlungen unter Hinzuziehung der Vertreter der Gewerkschaft und der Beamtenauschüsse wurde erneut zu dem durchaus berechtigten Verlangen des Personals Stellung genommen, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu erzielen. Wenn allerdings einzelne Arbeitnehmer selbst nicht wissen, was sie wollen, ist der ablehnende Standpunkt des Arbeitgebers nicht gerade verwunderlich.

So hatte zum Beispiel der Beamtenauschuß der Anstalt Leubus in einer Sitzung mit der Anstaltsleitung die Auffassung vertreten, daß es bei der bisherigen Arbeitszeit von wöchentlich 81 Stunden für das männliche Pflegepersonal verbleiben kann.

Die einzelnen Anstaltsleitungen vertreten den Standpunkt, daß ohne eine bedeutende Mehrereinstellung von Personal es ausgeschlossen sei, der Frage einer Dienstzeitregelung näher zu treten. Dieser Auffassung konnte keineswegs beigetreten werden, zumal in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten vieler anderer preußischen Provinzen eine bedeutend kürzere Arbeitszeit für das Pflegepersonal festgesetzt ist und trotzdem die Verhältniszahl der Kranken zum Pfleger die gleiche wie in Schließlingen ist.

Um einer fortwährenden Hinausschiebung der Erledigung des Antrages vorzubeugen, wurde in nachstehendem Antrage dem Provinzialausschuß die Möglichkeit gegeben, den Beschluß, die Dienstzeit zu verkürzen, herbeizuführen, ohne daß Neueinstellungen von Personal sofort vorgenommen zu werden brauchen.

Der Provinzialausschuß sollte beschließen:

1. Die Dienstzeit des männlichen und weiblichen Krankenpflegepersonals ist grundsätzlich nach der Verordnung vom 10. Juli 1924, betreffend die Dienstzeit der preussischen Beamten, zu regeln.
2. Die besondere Regelung in den Anstalten erfolgt durch die Anstaltsdirektionen unter Mitwirkung der örtlichen Beamtenauschüsse.
3. Wieviel Personal durch die Neuregelung der Dienstzeit ohne Beeinträchtigung des Dienstes und der Pflege der Geisteskranke mehr erforderlich ist, ist in der Praxis in der Weise zu ermitteln, daß die Dienstzeit nicht sofort in vollem Umfange auf die in der Verordnung festgesetzte Dauer verkürzt, sondern nach und nach unter entsprechender Verteilung vorhandener Personal herabgesetzt wird.
4. Wird von einem Beamtenauschuß die Verbeibehaltung der derzeit bestehenden Dienstzeitverhältnisse ausdrücklich für die betreffende Anstalt gewünscht, dann kann es in dieser bei der bisherigen Regelung verbleiben.

In der darauffolgenden Verhandlung mit dem Niedersächsischen Provinzialausschuß wurde auch auf Grund dieses neuen

Antrages eine Einigung nicht erzielt. Erst in der Sitzung vom 26. Januar 1926 ist nachstehender Beschluß gefaßt worden:

1. Bei dem männlichen verheirateten Pflegepersonal sollen Dienst- und Bereitschaftsschlafen in der Regel die Dauer von 80 Stunden je eine Woche nicht überschreiten.
2. Dem weiblichen Pflegepersonal sind an Mindestausgängen zu gewähren: Jede Woche ein freier Tag und ein Abendausgang; ferner, wenn angängig, jeder zweite Sonntag. Ist letzteres ohne Vermehrung des Pflegepersonals nicht durchführbar, so ist in der Woche ein angemessener Ersatz zu gewähren.
3. Die für die Durchführung der Beschlüsse zu 1 und 2 notwendige Vermehrung der Stellen des Pflegepersonals (je 6 Pfleger und 7 Pflegerinnen) ist in die Haushaltspläne für 1926 einzufügen.
4. Der Landeshauptmann wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß, abgesehen von den Sonderverhältnissen in Kloster Leubus, sobald als möglich für das Wohnen und Schlafen der Pflegerinnen besonders von den Krankenzimmern abgetrennte Räume bereitgestellt werden so daß ein Schlafen in den Krankenzimmern nur noch für den Fall des wirklichen Bereitschaftsschlafens erforderlich ist.

Sobald die erforderlichen baulichen Maßnahmen aus laufenden Etatsmitteln nicht bestritten werden können, ist dem Provinzialausschuß eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Beinahe 8 Monate hat also die Provinzialverwaltung gebraucht, um einzusehen, daß eine wöchentliche Dienstzeit von 81 bis 131 Stunden dem Personal nicht zugemutet werden kann.

Selbstverständlich ist das letzte Wort in der Frage der Dienstzeit noch nicht gesprochen, weil das Ergebnis dieser langwierigen Verhandlungen keinesfalls befriedigt.

Außer Schließlingen sind noch die Provinzen Ostpreußen und Pommern, die dem in ihren Heil- und Pflegeanstalten beschäftigten Personal eine fast ebensolange wöchentliche Arbeitszeit zumuten, obgleich die Verordnung über die Arbeitszeit vom 13. Februar 1924 für dieses Personal eine Höchstarbeitszeit von 60 Stunden für die Woche festlegt.

In einer Anstalt Ostpreußens zum Beispiel müssen Pflegerinnen bei psychopathischen Kindern in der Woche 81 Stunden reinen Tagesdienst leisten und selbst Sonntags für einige Zeit zur Verfügung stehen.

Da sich die Anstaltsleitungen, sowie die Provinzialbehörden darauf stützen, daß das beamtete Pflegepersonal nicht unter die Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924 fällt, muß unter allen Umständen durch die maßgebenden Körperschaften diese Verordnung für das beamtete Pflegepersonal erweitert werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages fordert deshalb, daß die Provinzialverwaltungen angewiesen werden, die Arbeitszeiten des beamteten Pflegepersonals in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten im Sinne der Verordnung vom 13. Februar 1924 zu regeln.

Unser ganzes Augenmerk muß darauf gerichtet sein, die Arbeitszeit des Pflegepersonals so zu bemessen, daß sich jeder Pfleger und jede Pflegerin in ihrem Arbeitsverhältnis auch als Mensch fühlen kann. Gleichgültigkeit und Laune im Organisationsverhältnis darf fernerhin auch bei dem schließlichen Pflegepersonal keine bleibende Stätte haben.

## Bergarbeiterstreik in Polen.

Im Donbass-Revier ist am Freitag vormittag ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, an dem bis jetzt 26 000 Bergleute beteiligt sind. In der Spitze der Streikbewegung steht ein Komitee, in dem als Bergarbeiterorganisationen vertreten sind: In den am Freitag nachmittag abgehaltenen Streikversammlungen wurden Entschlüsse angenommen, in denen mit dem Generalstreik gedroht wird, wenn die Industriellen sich nicht entschließen, die Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages zu annullieren. Vorläufig wird noch versucht, die Bergarbeiterverbände polnisch-österreichisch zum Eintritt in einen Symptombestreik zu bewegen. Die Regierung hat bereits eine Vermittlungsaktion eingeleitet, während die Industriellen vorläufig noch ein Entgegenkommen an die Arbeiter ablehnen.

## Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Die günstige Konjunktur der französischen Wirtschaft erklärt den Umstand, daß in Frankreich die Arbeitslosigkeit bisher mit so rücksichtlosen Methoden bekämpft wurde. Die einzigen Hilfsmaßnahmen gingen von privaten Einrichtungen und von öffentlichen Organisationen auf lokaler oder regionaler Grundlage aus; letztere sind vom Staat unterstützt worden. Die privaten Organisationen sind entweder Arbeitslosenvereine oder Gewerkschaften, die zur Gewährung von Arbeitslosenversicherungen besonders ermächtigt sind, oder es sind Gegenseitigkeitsvereine. Die Arbeitslosenvereine nehmen jährlich an Aushebung zu, im ersten Halbjahr 1918 beteiligten sich an den staatlichen Unterstützungen 24, 1923 schon 26 Klassen. Nur eine Minderheit der Arbeitslosenvereine bezieht sich auf die staatliche Subvention. Die Zahl der Ansuchen um staatliche Subventionierung ist, wie M. Vegas in der Internationalen Zeitschrift für Sozialversicherung ausführte, so gering, daß der Staat den vorgezeichneten Höchstbeitrag der Unterstützungen geben konnte, nämlich 20 Prozent der von den lokalen und 30 Prozent der von den Verbandsklassen gewährten Unterstützungen. Die staatlich unterstützten öffentlichen Einrichtungen sind die Arbeitslosenfonds, die von den Departements, von den Gemeinden oder von Gruppen von Gemeinden errichtet sind. Die am meisten verbreitete Form ist der Municipalfonds, der von einer einzelnen Gemeinde errichtet und aus den oberirdischen Einnahmen oder aus außerordentlichen Finanzquellen gespeist wird. Die öffentlichen Arbeitslosenfonds haben im Jahre 1921, in welchem eine industrielle Krise mit bedeutender Arbeitslosigkeit fiel, 550 661 Arbeitslose unterstützt, im Jahre 1924 aber nur 10 419. Der neue Entwurf der Sozialversicherung führt auch die Arbeitslosenversicherung ein. Es wird eine tägliche Unterstützung von 40 n. S. des Lohnes für alle Werktage bei unwillkürlicher Arbeitslosigkeit gewährt. Diese Unterstützung soll um 0,50 Frank für die Gattin und jedes Kind unter 16 Jahren erhöht werden, doch soll sie die Hälfte des Lohnes nicht überschreiten. Vom neunten Tage der Arbeitslosigkeit an für 60 Werktage innerhalb von 12 Monaten soll die Unterstützung gewährt werden. Das Ergebnis für diesen Versicherungszweig soll gedeckt werden durch eine Quote von 1 n. S. der nach dem Gesetz zu entrichtenden Gesamtbeiträge, durch Subventionen der Departements und der Kommunen in der Mindesthöhe eines Viertels der ausgeschalteten Unterstützungen und durch Subventionen des Staates, deren Höhe im Budget festgelegt werden wird. Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung macht ein Promille des Lohnes aus und wird jährlich etwa 30 Millionen Franken ergeben.

## Eine Warnung für Ausreisende.

Die Aufhebung des niederländischen Passgesetzes hat einen starken Zustrom deutscher Arbeitskräfte nach Holland zur Folge gehabt. Von amtlicher holländischer Seite wird deshalb nochmals mit Nachdruck darauf verwiesen, daß auch in Holland große Arbeitslosigkeit herrscht und kein Arbeitgeber einen Ausländer einstellen darf, wenn für die in Betracht kommende Stellung noch arbeitslose niederländische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

# Wirtschaft.

## Abbau an verkehrter Stelle.

Die Hildesheimer Bank teilt kürzlich in ihrem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1924/25 mit, daß sie trotz Abbaues ihres Personalbestandes bis auf 22 Prozent die Ausgaben nur um 8 Prozent brücken konnte. Obwohl die Bank über den Personalabbau hinaus noch zwei zusätzliche Mittel eingebracht ließ, konnte sie nur das Unterkonto in auffallend geringem Maße verringern. Dieses Mißverhältnis zwischen Personalabbau und Kostenverminderung beweist ohne Zweifel, daß die Hildesheimer Bank an verkehrter Stelle abgebaut hat und der Apparat der Bank an irgend einer Stelle überzählig und teurer aufzuweisen muß, wodurch sich die geringe Entlastung des Unterkontos erklären dürfte. Wesentliche Erfahrungen haben bei der Art und Weise, wie der Personalabbau vollzogen wurde, fast alle Betriebe in Deutschland gemacht. Im Grunde genommen gehen aber die geringen Entlastungen des Unterkontos darauf zurück, daß der bei uns eingeführte Rationalisierungsprozeß auf ein überhöhtes Preisniveau führt. Dadurch kann die erwartete Geschäftsbelebung und die Verminderung der Betriebskosten nicht eintreten. Die logische Folge ist, daß die Bestrebungen für eine Verbesserung der Produktion usw. ebenfalls in einem schematischen Personalabbau stecken bleiben; trotzdem scheint man sich nicht, sie immer wieder fälschlicherweise als Rationalisierungsbestrebungen zu proklamieren, obwohl sie mit dem Wesen der Rationalisierung nichts mehr zu tun haben.

Verhängt wird diese Auswirkung einer falsch verstandenen Rationalisierung durch die Tatsache, daß sich der Personalabbau grundsätzlich nur auf die schlecht bezahlten unteren und mittleren Angestellten beschränkt, während überflüssige Direktoren und Prokuristen in ihren Leitern bleiben. Dadurch hat man die Kopfzahl der Belegschaften allerdings in vielen Betrieben stark verringert, wodurch sich die Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 zum Teil erklären. Da es sich aber bei dem abgebauten Teil der Belegschaften um durchweg schlechtbezahlte Kräfte handelt, stößt die Entlastung für die Preiskalkulation aus. Insbesondere konnte die Kalkulation nicht von den ungewöhnlichen Kosten des im Vergleich zur Friedenszeit durchaus übersehen und stark aufgebäumten Direktionsapparates befreit werden. Das gilt nicht nur für die staatliche Verwaltung, sondern in erster Linie für unsere Gewerkschaften.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ ist in der Lage, dafür einen äußerst typischen Fall mitzuteilen. Es handelt sich um die Vereinigten Schuhfabriken Berneis-Wessels A.-G. in Augsburg. Die Aktiengesellschaft unterhält Werke und Niederlassungen in Augsburg, Nürnberg, Berlin, Herzogenaurach, Mering und Wasserburg bei Gaisburg. Sie beschäftigt:

	1914	1925
Direktoren	1	3
Prokuristen	2	5
Prokuristen außer Tarif	4	6
insgesamt	7	14

Die Spitze des Betriebes hat sich also im Vergleich zum Jahre 1914 verdoppelt. Die Berneis-Wessels A.-G. arbeitet aber im Frieden mit einem Kapital von 8 Millionen Mark. Heute beläuft sich das Kapital einschließlich Vorzugsaktien auf 6,32 Millionen Mark. Trotz fast gleichbleibenden Kapitals trat aber eine Vermehrung der Leistung um 100 Prozent ein. Im Frieden entfiel auf einen Direktor bzw. Prokuristen die Verwaltung eines Aktientapitals von 857 000 Mark. Heute begnügt sich aber ein Direktor bzw. Prokurist mit der Verwaltung eines Kapitals von 450 000 Mark. Natürlich muß sich diese Überlegung auf das Unterkonto auswirken. Es bezogen bei der Berneis-Wessels A.-G.:

	1914	1925
	(in Reichsmark)	
Direktoren	1000	18 000
Prokuristen	1000	4 000
Prokuristen außer Tarif	2000	3 700
insgesamt	4000	20 700

Direktoren bzw. Prokuristen erforderten 1914 eine Aufwendung von 4000 Mark, 1925 aber war für die vermehrte Spitze eine Aufwendung von 20 700 Mark notwendig. Die Steigerung erklärt sich auch durch die erhöhten Bezüge; zum Beispiel begnügte sich der Direktor bei der Berneis-Wessels A.-G. im Frieden mit einem Monatsentlohn von 1000 Mark, während jedem Direktor der Gesellschaft für das Jahr 1925 aus Gehalt und Prämie vom Umsatz die Summe von rund 60 000 Mark zufließt. Die Berneis-Wessels verteilt im Frieden eine Dividende von 7 Prozent. Die Dividende für 1925 beträgt 5 Prozent. Aus diesen Angaben kann man ersehen, wie die Überhebung der Spitze auf die Preiskalkulation und den Preis zurückwirken muß. Nun hat die Berneis-Wessels A.-G. 24 Angestellten gekündigt. Diese 24 Angestellten beziehen durchschnittlich pro Monat und Kopf 200 Mark Gehalt. Dadurch wird eine Einsparung von 4800 Mark pro Monat = 57 600 Mark pro Jahr erreicht. Das ist noch nicht einmal das Gehalt, das ein Direktor bei der Berneis-Wessels A.-G. im Jahre bezieht. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß eine solche Bereinigung des Betriebes für die Krise ist. Das Gesagte dürfte aber noch deutlicher aus folgendem hervorgehen: In der Woche vom 19. Oktober 1925 wurden im Werk Augsburg und Wasserburg zusammen 68 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Berneis-Wessels A.-G. entlassen. Der Durchschnittsverdienst der Entlassenen betrug pro Person und pro Woche 12 Mark. Das ergibt eine Einsparung von 816 Mark in der Woche = 9792 Mark im Monat. Erpart wurde also durch die Entlassung von 68 produktiven Kräften gerade eine Summe, die weniger beträgt als das Monatsgehalt für zwei Direktoren der Berneis-Wessels-Aktiengesellschaft.

Das Beispiel steht keineswegs vereinzelt da und zeigt deutlich den Unfug, der mit dem Angestelltenabbau und der Arbeiterentlassung getrieben wird!

## Ein neuer tschechoslowakischer Zollentwurf.

Demnächst wird dem tschechoslowakischen Parlament ein neuer Zollgesetzentwurf vorgelegt, der gegenüber dem bisherigen Status verschiedene Änderungen bringt. Eine Neuerung bildet der gesamte Einheitszolltarif, der der tschechoslowakischen Exportindustrie zugunsten kommen soll. Der aktive Handelsverkehr findet in Zukunft überhaupt keine gesetzliche Beschränkung und auch die Beschränkungen des passiven Handelsverkehrs auf den kleinen Grenzverkehr werden grundsätzlich fallen gelassen.

## Die Preisentwicklung in Dänemark.

Die dänischen Preise sind auf Grund der günstigen dänischen Kronenentwicklung seit Juli 1925 im Januar um 25 Punkte zurückgegangen. Im einzelnen ging der Nahrungsmittel-Index von 210 auf 217, der Bekleidungs-Index von 272 auf 280, der Brennstoff-Index von 252 auf 227 und der Index für sonstige Ausgaben von 204 auf 181 zurück. Der Wohnungs-Index warerte unverändert. Durch die außerordentlich günstige Preisentwicklung ist es der dänischen Regierung möglich, 22 Millionen Kronen einzusparen.

Holländisches Kapital in der englischen Kunstlederindustrie. In Huddersfield wird durch die holländische Kunstlederfabrik Breda eine Kunstlederfabrik errichtet werden. Die holländische Kunstlederfabrik Breda, welche die Fabrik in Antwerpen im Betrieb hat, will bis Ende des Jahres täglich 18 000 lb. produzieren. Die Produktion der Huddersfelder Fabrik ist noch nicht bekannt.

Kredit-Einschränkungen in Letland. Die Bank von Letland hat beschlossen, keine weiteren Kredite mehr an Handel und Industrie zu vergeben. Die Maßnahme liegt in Verbindung mit der Verminderung des Devisenreserves der Bank. Keine Julgartige Wäute in England. Die Chamberlain auf eine Antrose mitteilte, hat die neue bulgarische Regierung bisher noch keine Schritte unternommen, um eine Antrose in England unternommen.

## Wo bleibt das Arbeitszeitgesetz?

Aus allen Tarifvertragskündigungen der letzten Zeit und den dabei bekannt gewordenen neuen Tarifvertragsentwürfen der Unternehmer geht ganz klar hervor, daß es im Laufe dieses Jahres bei der Regelung der künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu scharfen Auseinandersetzungen kommen muß. Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung — das ist das ewige Einverleib der Unternehmervirtschaft. Obwohl die Preisabbaupolitik bis zur Stunde noch immer nicht über den toten Punkt hinausgekommen ist, wird der Lohnabbau im Unternehmertum bereits als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Die Lohnabbaupropaganden sind es auch, die in gewissen Umständen immer wieder die Gerüchte über einen Abbau der Beamtensgehälter bis zu 20 Prozent auslösen. Diesen Gehälterabbau hat der Reichsfinanzminister mit allem Nachdruck abgelehnt. Immerhin wird das für die Schatzkammer im Unternehmertum nur ein Ansporn sein, nun erst recht mit aller Energie den Lohnabbau, die Arbeitszeitverlängerung, die Einschränkung der Rechte der Betriebsräte, die Verschärfung der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie, zu erzwingen. Alles, was unter dem Druck der Arbeitslosigkeit an Verschlechterungen in der Praxis an diesen Stellen bereits verwirklicht ist, soll in den kommenden Tarifverträgen bindend festgelegt werden.

Unter diesen Umständen gewinnt die neue Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie vom Reichsarbeitsministerium vorbereitet worden ist, besondere Bedeutung. Bei der drohenden Gefahr der allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die neuen Tarifverträge kann es nichts Wichtigeres geben, als rasche Verabschiedung der neuen Arbeiterschutzgesetze, vor allem des neuen Arbeitszeitgesetzes; denn das neue Arbeitszeitgesetz bringt, wie wir hören, gerade im Gegensatz zu dem bisherigen Zustand, Kürzere Bindungen in der Arbeitszeitfrage zugunsten des Arbeiters.

Der neue Arbeitszeitgesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums ist fertig; wenn es jedoch nach der üblichen Methode geht, dann wird das Gesetz frühestens mit dem Beginn des Jahres 1927 in Kraft treten. Muß das sein? Das Gesetz wird im Laufe des Februar und März mit den Ressorts der Reichsregierung und mit den Ländern durch beraten werden. Warum danach noch fast ein ganzes Jahr bis zur Verabschiedung des Gesetzes verstrichen soll, ist einfach nicht zu verstehen. Bei der Bedeutung der Vorlage für die deutsche Arbeiterklasse wäre ein schnelleres Tempo in den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften sehr angebracht. Jedemfalls sollte die organisierte Arbeiterklasse mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß so schnell wie möglich in der Arbeiterkategorie eine feste gesetzliche Grundlage und damit ein Damm gegenüber dem Unternehmer-Scharfmachern aufgeschichtet wird, die, unterstützt durch den Druck der Arbeitslosigkeit, scharfe Verschlechterung bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen erpressen wollen.

## Die Klage der Eisenbahnerverbände gegen die Reichsbahn.

Verhandlung am 4. März.

Das dem Reichsgericht in Leipzig anhängende Reichsbahngericht, das über die Zulässigkeit der Rechtsmittelklarstellung des gegen die Reichsbahn gefällten Sachverhalts Klarheit schaffen soll, wird in kürzester Zeit zu dem Rechtskonflikt Stellung nehmen, da die Reichsregierung um möglichste Beilegung des Verfahrens gebeten hat. Als Richter des Gerichts ist von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft der frühere Präsident des Reichseisenbahnamtes, Geheimrat Fritz-J. Hannover, und von der Reichsregierung der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform und Präsident des höchsten Oberverwaltungsgerichts, Freiherr v. Rottiz, vorgeschlagen worden.

Die von den Eisenbahnerverbänden eingereichte Reklamation gegen die Reichsbahn auf Durchführung des verbindlich erklärten Sachverhalts wird am 4. März vor der 8. Zivilkammer des Reichsgerichts in Berlin zur Verhandlung kommen.



# Breslau (Land)-Neumarkt.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

### Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

**Ostereier Oswig.** Freitag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Volkshalle zu Oswig; Versammlung. Vortrag des Kameraden Richter: „Darf das Reichsbanner als Schutztruppe der kapitalistischen Republik angesehen werden?“ Spielkarte um 6 1/2 Uhr mit Instrumenten erscheinen. Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an der Versammlung teilzunehmen. Der Bezirksleiter.

**Ortsverein Hartlieb-Rettendorf-Krieger.** Achtung, Republikaner! Wir veranstalten am Sonnabend, den 20. Februar, in Kramer's Spielplatz in Hartlieb ein Kameradchaftliches Wintererntefest, verbunden mit großem Maskenball. Beginn 7 Uhr. Alle Republikaner sind dazu eingeladen.

### Wählung, Erwerbslose des Landkreises Breslau!

Dienstag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses; Zusammenkunft aller Erwerbslosen des Landkreises Breslau. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Kreisverband.

**Monat. Wählung, Arbeiter-Kadja, Bez. Ost. 8.** Sonntag, den 21. Februar, vormittags 9 Uhr, findet ein Schiedsrichterkonferenz bei Wahl in Klein-Gandau statt. Alle Sportleiter und Schiedsrichter werden ersucht, daran teilzunehmen.

**Reisenha.** Ein Motorradler umgefahren. Auf der Trebnitzer Chaussee zwischen Reisenha und Breslau wurde ein Motorradfahrer von einem Kollwagen, der ohne Licht auf der falschen Seite fuhr, überfahren. Während der Radfahrer mit leichten Verletzungen davon kam, wurde das Motorrad vollständig zertrümmert.

**Kalter.** Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich am Sonnabend auf der Chaussee nach Breslau. Auf der Chaussee nach Schönborn jagte ein Motorradfahrer mit einem Radfahrer entlang. In der Nähe der Kreuzung überholte der auf der kreuzenden Chaussee einen anderen Motorradfahrer, der auf einer schweren Maschine fuhr, daherkommen. Er gab den beiden anderen ein Zeichen, daß er in einem rechten Winkel kreuzen wolle. Diese aber wollten noch vor ihm die Kreuzung passieren. Der einzelne Fahrer lag plötzlich in die Richtung der beiden anderen ein und ließ mit ihnen zusammen. Dabei überschlug sich die schwere Maschine und der Fahrer blieb mit einer Gehirnerschütterung bewußtlos liegen.

**Schlachtet.** Zur Kochanweisung empfohlen. Schweinefleisch der Ortsvorsitzenden für die Armen und Erwerbslosen und gibt das Fleisch zum Selbstkostenpreis ab. So konnte vorige Woche das Pfund mit 90 Pf. abgegeben werden.

**Deutsch-Villa.** Aufzus an die notleidenden Bewohner von Deutsch-Villa. Guter Rat soll gekostet werden durch Errichtung einer Volkstüche. Aus dieser Küche soll für 5 Pf. eine Portion Essen abgegeben werden an alle, die Unterstützung erhalten. Um nun zu wissen, wieviel Einwohner Essen voraussichtlich holen wollen, ersuchen wir alle, die von der neuen Einrichtung Gebrauch machen wollen, sich auf dem Rathause zu melden. Bringt diesem Unternehmen, welches von Schreiber Pilsbmann vom Neumarkter Wohlfahrtsamt kräftig gefördert wird, Vertrauen entgegen! Weib! Weib!

**Sebann.** rufen wir die Bitte an diejenigen Arbeiterfrauen, welche in der Woche einmal 2 Stunden vormittags Zeit haben, sich auf dem Amt zu melden. Sie sollen ehrenamtlich die Aufsicht über Kochen und Ausgabe des Essens haben. Datum: Freiwillige nur! In einer Sitzung werdet ihr über Zweck der Aufsicht belehrt werden.

**Wahl a. D.** Vor kurzem sprang der Gurtenhändler Bed aus Breslau hinter der Zellulosefabrik in selbstmörderischer Absicht in die Oder. Trotz eifriger Rastfahrungen konnte die Leiche noch nicht geborgen werden. Die Motive zur Tat sind unbekannt.

**Wahl a. D.** Zur Fürtenabfindung nahm eine gut besuchte öffentliche Versammlung Stellung, in der alle Leuzschichten vertreten waren. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung wurde die Forderung nach gesetzlicher Regelung unter Ausschluß des Rechtsweges gefordert.

**Wahl a. D.** Eine betrübliche Abnahme der Erwerbslosen in durch die Wiederaufnahme der Oder-Ischfahrer und den damit zuleitenden Hafenarbeiten eingetreten. Nebenbei hat auch die hiesige Zellulosefabrik wieder Arbeiter eingestellt.

## Aus Schlessen.

### Stundung und Erlaß der Hauszinssteuer.

Da über diese Frage unsere führenden Genossen geteilter Meinung sind und manche von ihnen den Inhalt des Artikels vom 22. Januar dieses Jahres, besonders aber den Erlaß des Ministers vom 18. Oktober 1924 (K. V. 2.4500) anders auslegen, so soll in nachstehenden Zeilen noch einmal die rechtliche Seite behandelt werden. Wir wollen daher einige Verfügungen des preussischen Finanzministers bekannt geben, die bisher noch nicht veröffentlicht worden sind, wobei wir nebenläufiges festlassen.

Erlaß des Finanzministers vom 28. Juli 1924 (K. V. 2.3955). Auf die durch Vermittlung des Herrn Regierungspräsidenten mit vorgelegter Eingabe vom 3. dieses Monats — Nr. 1 Hst. 1 — betreffende Hauszinssteuer, erwidere ich folgendes:  
Aus den Miteinnahmen hat der Hauseigentümer die auf keinem Grundstücke ruhenden öffentlichen Abgaben, zu denen auch die Hauszinssteuer gehört, zu zahlen. Im Einzelfall ein Mieter infolge ungenügender persönlicher Verhältnisse nicht in der Lage, dem Hauseigentümer die volle, also einschließlich der Hauszinssteuer, Miete zu entrichten, so würde es eine unbillige Härte bedeuten, wenn von dem Hauseigentümer die Zahlung der vollen Hauszinssteuer gefordert würde. Es muß vielmehr dem Hauseigentümer in einem solchen Falle die Berechtigung zugestanden werden, die Stundung der Hauszinssteuer bis zur Höhe des auf die Räume des betreffenden Mieters entfallenden Anteilbetrages, unter Nachweis der Unfähigkeit des Mieters zur Zahlung der vollen Miete für sich nachzuweisen. Einem solchen Antrage des Hauseigentümers dürfte bei gehöriger Begründung der Stundung der Hauszinssteuer bis zur Höhe des auf die Räume des betreffenden Mieters entfallenden Anteilbetrages, unter Nachweis der Unfähigkeit des Mieters zur Zahlung der vollen Miete für sich nachzuweisen. Einem solchen Antrage des Hauseigentümers dürfte bei gehöriger Begründung der Stundung der Hauszinssteuer bis zur Höhe des auf die Räume des betreffenden Mieters entfallenden Anteilbetrages, unter Nachweis der Unfähigkeit des Mieters zur Zahlung der vollen Miete für sich nachzuweisen.

In einem weiteren Erlaß vom 1. September 1924 hebt der Finanzminister hervor, daß, wenn die Voraussetzungen für die Stundung der Hauszinssteuer nur vorübergehender Natur sind, die später zur Niederzahlung der gestundeten Steuer führen, keine Verminderung der gestundeten Beiträge vorzunehmen ist.  
Unter dem 2. Oktober 1924 (K. V. 2.4545) hat sich derselbe Minister noch einmal wie folgt über die Stundung der Hauszinssteuer ausgesprochen:  
In letzter Zeit sind Fälle bekannt geworden, in denen Hauseigentümer oder deren Bevollmächtigte sich geweigert haben, einen Antrag auf Stundung der Hauszinssteuer zu stellen, auch wenn die Unfähigkeit des betreffenden Mieters, die volle gefällige Miete zu entrichten, nachgewiesen oder offensichtlich ist. Die Weigerung der Hauseigentümer dürfte nicht durch das Bedenken hervorgerufen sein, daß sie selber dadurch einen entsprechenden Teil der Miete nachzahlen sollen, sondern durch die Stundung der Steuer gewährt wird. Diese

Bedenken sind grundlos. Es ist darüber kein Zweifel geblieben, daß der gestundete Steueranteil vom dem Hauseigentümer ohne Rücksicht auf seine persönliche Lage niemals gefordert werden wird, wenn die Verhältnisse des Mieters, die unmittelbar zur Stundung der Steuer für den Hauseigentümer geführt haben, unverändert bleiben. Aus einem bekanntgewordenen Beschluß eines Landgerichts kann entnommen werden, daß das Gericht in einer Weigerung des Hauseigentümers, den Stundungsantrag unter dem im Eingang gehaltenen Voraussetzungen zu stellen, dann einen Beschluß wider Treu und Glauben sehen würde, wenn die Genehmigung des Antrags auf Stundung sichergestellt wäre. Dies ist aber nur durch meine bekannten Anordnungen geschehen. Der Hauseigentümer dürfte also bei Antragsstellung einer Klage gegen den Mieter voraussichtlich keine Aussicht haben, mit seiner Forderung durchzubringen.

Wir müssen zugeben, daß die Hauszinssteuer als Objektsteuer für alle Verpflichteten gewisse Härten in sich trägt, die eine Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerträgers nicht immer zuläßt. Die angeführten Erlasse lassen aber in den Fällen, wo durch Erwerbslosigkeit, Krankheit, bauerndem Siechtum, Kriegsverletzung usw. die Mittel zur Zahlung nicht vorhanden sind, eine Erleichterung zu, doch ist dabei folgendes zu beachten.

1. Es muß vor allen Dingen die Mittellosigkeit nachgewiesen werden, was bei den Sozialrentnern, Kriegsverletzten, Ortsarmen oder sonstigen, aus öffentlichen Mitteln unterstützten, durch Vorlegung des Rentenbescheides oder einer Bescheinigung des Wohlfahrtsamtes geschieht. Bei den Erwerbslosen genügt eine solche vom Arbeitsamt des Inhabers, wonach der Betreffende seit der und der Zeit wegen Erwerbslosigkeit Unterstützung bezieht. Diesen Schein gibt man dem Hausbesitzer und beantragt für den laufenden Monat, Stundung der Hauszinssteuer, mit dem Ziele der Niederzahlung, zu stellen, was mündlich geschehen kann, besser aber schriftlich vorzunehmen ist. Es genügt, wenn man ungefährt folgendes schreibt:

In der Herrn Hausbesitzer P. B.  
in  
Infolge Erwerbslosigkeit (Sozialrentner, Kriegsverletzter, Ortsarmer) bin ich zurzeit nicht in der Lage, für den Monat . . . . . die Anteile der Hauszinssteuer für meine Wohnung . . . . . Straße in Höhe von . . . . . Mark zu zahlen und bitte ich, Antrag auf Stundung mit dem Ziele späterer Niederzahlung zu stellen.  
In Hochachtung . . . . . Straße . . . . .

Bei der Berechnung des Anteils der Hauszinssteuer sind zurzeit 28 Prozent der Friedensmiete anzunehmen, wobei ausdrücklich betont wird, daß dieser Satz nicht in allen Fällen zutrifft. Denn da sich die Hauszinssteuer auf die Grundvermögenssteuer aufbaut, letztere für gewöhnlich auf den Ertrag der Mietshäuser basiert, erstere wiederum zurzeit 28 Prozent der Grundvermögenssteuer beträgt, so ist es zweckmäßig, sich mit dem Hauswirt über die Höhe des Anteils zu verständigen, damit kein Irrtum entsteht.

2. Der Hauswirt selbst hat auch noch eine Bescheinigung des Mieters, um der Steuerstelle gegenüber den Nachweis zu führen, daß er tatsächlich die Hauszinssteuer von ihm noch nicht erhalten hat. Dazu genügt folgende, vom Mieter auszustellende Bescheinigung:

Seit dem . . . . . (Monat und Datum) 1926 wird von mir der auf meine Monatsmiete entfallende Hauszinssteueranteil in Höhe von . . . . . Mark nicht gezahlt, weil ich infolge Erwerbslosigkeit (Sozialrentner, Kriegsverletzter, Ortsarmer) nicht imstande bin.  
Mieter . . . . . Straße Nr. . . . . Städtewert . . . . .

3. Der Mieter muß also mit dem Steueranteil in Einklang sein, denselben also nicht gezahlt haben, denn wenn er gezahlt hat, kann der Hauswirt selbstverständlich keine Stundung beantragen. Wenn also behauptet wird, erst wenn die Genehmigung der Stundung von der Steuerstelle erfolgt ist, kann der Bezug von der Miete erfolgen, so ist dies ein Irrtum, im Gegenteil, die Stundung kann erst gewährt werden, wenn der Mieter nicht gezahlt hat. Wo sich also Hausbesitzer weigern, den Stundungsantrag nach vorgelegter Bescheinigung zu stellen, so tragen sie die Verantwortung selbst und müssen auch die volle Steuer zahlen. Eine Klage gegen den Mieter hätte dann nach Ansicht des Ministers keine Aussicht auf Erfolg, was ganz besonders hervorzuheben ist.

4. Der Hausbesitzer hat nichts anderes zu tun, als folgenden Antrag zu stellen:

Un die Steuerstelle . . . . .  
Gemäß beiliegender Bescheinigung des Mieters . . . . . bitte ich meinem Antrag für die bezeichnete Wohnung um Stundung der Hauszinssteuer, mit dem Ziele der späteren Niederzahlung, nachzugeben.  
Der Hauszinssteueranteil beträgt nach dem Verhältnis der Friedensmiete zur Gesamt-Hauszinssteuer bei der Miete:  
. . . . . Reichsmark  
Insgesamt . . . . . Reichsmark  
Ort, Datum . . . . . Der Hausbesitzer.

Der Antrag gilt für gewöhnlich nur für den Monat, in welchem keine Steuer gezahlt ist, doch wenn sich die Verhältnisse des Mieters nicht bessern, so gilt der Stundungsantrag so lange, bis er in Arbeit getreten ist. Hat er unter denselben Verhältnissen Arbeit und Lohn gefunden, wie vor seiner Entlassung, dann tritt von selbst der Erlaß der Steuer ein. Sozialrentner usw. brauchen überhaupt keine Hauszinssteuer zu entrichten, vorausgesetzt, daß sie nicht noch außer der Rente einem besonderen Verdienst nachgehen.  
Daneben ist näheres im Zimmer 33 des Gewerkschaftshauses Montag und Donnerstag von 5 bis 7 Uhr zu erfahren.

**Zu Mitgliedern des Bezirksausschusses Breslau**  
wurden in der Sitzung des Niederschlesischen Provinzialausschusses am 13. d. Mts. gewählt: Ludwig, Bürgermeister, Hr. Glas; von Schelicha, Artur, Oberbürgermeister, a. D., Dnat., Böttcher, Kreis Amtlich; Bauer, Bürgermeister, Soz., Bries; Ruffert, Mar., Gewerkschaftssekretär, Soz., Breslau.

Als erste Stellvertreter der ordentlichen Mitglieder wurden ernannt: Dr. Meinel, Fabrikbesitzer, D. Wp., Breslau; Kojahn, Landrat a. D., Rittergutsbesitzer, Dnat., Babin, Kreis Vols; Rajak, Fritz, Geschäftsführer, Soz., Breslau; Tilsch, Stadtrat, Soz., Breslau.  
Zu zweiten Stellvertretern wurden gewählt: Jörker, Geisbühler, Hr., Baumgarten; Friedrich, Theodor, Oberverwaltungs-Geschäftsrat, Dnat., Kengersdorf, Kreis Glog; Jax, Jils-Eckert, Soz., Breslau; Dr. Stänkel, Ernst, Kaufmann, Dem., Breslau.

**Zu Mitgliedern des Bezirksausschusses Siegnitz**  
wählte der Niederschlesische Provinzialausschuss in seiner Sitzung am 13. Februar: Sterka, Paul, Bürgermeister, Soz., Sagan; Salling, Mar., Gemeindevorsteher, Soz., Ross, Kreis Görlitz; Haffe, Oberbürgermeister, D. Wp., Glogau; v. Jordan, Joachim, Regierungs-Meister, Dnat., Schönau, Kreis Glogau.  
Aus der Wahl gingen als erste Stellvertreter hervor: Dr. Reicher, Bürgermeister, Dem., Siegnitz; Schulz, Gustav, Kreissekretär, Soz., Glogau; Dr. Mahner, Gemeindevorsteher, Hr., Glogau; v. Kessel, Eberhard, Regierungs-Meister a. D., Dnat., Jeisdorf, Kreis Sprottau.  
Zweite Stellvertreter wurden: Driehauer, Adolf, Cantor, Soz., Siegnitz; Feßlich, Bruno, Partei-

sekretär, Soz., Siegnitz; Grüttner, Heinrich, Bürgermeister, Hr., Deutsch-Partenber, Donath, Paul, Handelsrichter, Wirtschaftsprakt., Görlitz.

**Wahl der schlesischen Reichsrats-Mitglieder.**  
Der Niederschlesische Provinzialausschuss wählte in seiner Sitzung vom 13. Februar zum Vertreter Schlesiens im Reichstagen den deutschen Nationalen Staatssekretär a. D. von Schammet, Quareh mit 8 gegen 7 Stimmen. Als Gegenkandidat war der Landrat Seibold, Soz., aufgestellt. Zum Stellvertreter wurde der Regierungs- und Baurat Bartels, Hr., mit 8 Stimmen gewählt, während der Demokrat Geh. Justizrat Dr. Heilberg nur 7 Stimmen erhielt.

**Wahl des Provinzialrats der Provinz Niederschlesien.**  
In der Sitzung des Niederschlesischen Provinzialausschusses wurden zu ordentlichen Mitgliedern des Provinzialrats der Provinz Niederschlesien gewählt: Hr. v. Nischhofen, Karl, Dr., Dnat., Kuhnern, Kreis Striegau; Henschel, Dr., Bürgermeister, Hr., Breslau; Graf Pücker, Dnat., Frenhan; Landmann, Eugen, Rechtsanwalt, Soz., Breslau; Cohn, Hugo, Fabrikant, Soz., Görlitz, Blumenstraße 21.  
Zu ersten Stellvertretern wählte der Provinzialausschuss: Schöller, Erwin, Fabrikbesitzer, Dnat., Breslau; Hühnerfeld, Georg, Fabrikbesitzer, Hr., Glog; Graf Schack, Landrat a. D., Dnat., Döringau, Kreis Sprottau; Schönwälder, Wilhelm, 2. Bürgermeister, Dem., Görlitz; Bach Schlesiens; Snaß, Oberbürgermeister, Dem., Görlitz.  
Aus der Wahl zu zweiten Stellvertretern gingen hervor: Graf Rößern, Landrat a. D., Dnat., Bries; Bartels, Regierungs- und Baurat, Hr., Carlomag; Arnold, Wilhelm, Drechslermeister, D. Wp., Breslau; Dr. Heilberg, Geheimer Justizrat, Dem., Breslau; Schiller, Arthur, Parteisekretär, Soz., Landesgut.

**Die nächste Sitzung des Niederschlesischen Provinzialausschusses**  
ist für Dienstag den 9. März vormittags 9 1/2 Uhr anberaumt worden. Des Weiteren findet eine Sitzung des Ausschusses am 22. März, vormittags 9 1/2 Uhr statt, die der am folgenden Tage beginnenden zweiten Tagung des dritten Niederschlesischen Provinziallandtages vorausgeht.

**Die zweite Tagung des dritten Niederschlesischen Provinziallandtages**  
findet am Dienstag, den 23. März, vormittags 12 Uhr im Landeshause zu Breslau statt.

**Schlesischer Landgemeindevogt in Oberschreiberhau.**  
Die parteigenösslichen Teilnehmer treffen sich am Freitag den 19. Februar, vormittags 11 Uhr zu einer Besprechung in „Hänsel's Hotel“ in Oberschreiberhau. Desgleichen am nächsten Tage abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Zackel“. Die Genossen werden gebeten, ihr Parteimitgliedsbuch als Ausweis mitzubringen. Diese Zusammenkunft ist außerordentlich wichtig, nicht nur für die Tagung selbst, sondern zum Zweck des Zusammenstehens der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Schlesiens. Es wird dringend ersucht, daß alle Vertreter bestimmt und pünktlich da sind.

**Hoferswerda.** Moderne Raubhölzer. Dieser Tage wurde auf dem Wege nach Grube Eriza ein mit Weichholz beladenes Fuhrwerk von einigen Kadajern angehalten. Ehe sich der Weichholzfuhrer von der ersten Verblüffung erholt hatte, war das Weichholz bereits ausgepackt und in großer Eile mit den betreffenden Kadajern verschwunden.

**Opyla.** Das Wind der Obdachlosen. Ein Zeichen für unvorhergesehenes Elend ist auch die außerordentlich starke Inanspruchnahme des hiesigen Obdachlosenazils, das sich im Polizeigefängnis auf der Stockstraße befindet. Das Wirt weist fast in jeder Nacht 25 Insassen auf, die dieses Haus oft schon seit Jahren als einzige Zufluchtsstätte kennen.

**Kapitän OS.** Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung. Es häufen sich die Fälle, in denen die Amts- bzw. Gemeindevorsteher den Arbeitslosen die Unterstützung verweigern mit dem Bemerkten, daß sie bereits ausgesteuert wären. Und zwar wird nach Erläuterung folgende Berechnung aufgestellt: Wenn einer im Winterhalbjahr 1924/25 bereits 20 Wochen arbeitslos war, den ganzen Sommer hindurch jedoch wieder gearbeitet hat, nun aber wieder arbeitslos ist und 6 Wochen Unterstützung bezogen hat, wird ihm nun erklärt, daß er keine mehr bekommen kann, weil er ausgesteuert wäre! Daß hier die Amts- bzw. Gemeindevorsteher sich im Irrtum befinden, ist klar, und auf erhobene Beschwerde wird der Landrat die Anweisung ergehen lassen, daß die Unterstützung weiter gezahlt werden muß. Weiter ist auch die Befürchtung, daß nun wieder eine Wartezeit eintritt, hinsichtlich. Eine Wartezeit ist nur beim Eintritt in die Erwerbslosenunterstützung anzunehmen. Jeder Arbeitslose, der sich vor Schaden bewahren will, wende sich an seine Organisation, die ihm jederzeit Auskunft erteilen wird.

**Kattbor.** Abbau in der Eisenbahnhauptwerkstatt. Die Gerichte von einem weiteren Abbau der Kattborer Eisenbahnhauptwerkstatt wollen nicht vernehmen, sondern verdrängen sich immer mehr. So wird jetzt mit aller Bestimmtheit die Umwandlung der Lokomotiv-Reparaturwerkstatt in eine Werkstatt für Wagenreparaturen vorausgesetzt. Das würde eine Brotlosmachung von etwa 140 Schloßern bedeuten. Sollte diese Maßnahme in der Tat durchgeführt werden, so wäre sie geradezu unverständlich, denn nachgewiesenermaßen zählt die Kattborer Eisenbahnhauptwerkstatt zu den rentabelsten in ganz Deutschland. Und dann ist es wirklich angebracht, daß, ausgerichtet in der Grenzstadt Kattbor, die hiesige schon ein Arbeitslosenheer aufweist, das weit über dem Durchschnitt steht, das Elend auf diese Art vergrößert werden muß?

**Schwientowlew.** Opfer der Halbenase. Auf der Lippen-Halbe wurde der Obdachlose Drapmalla tot aufgefunden. Einen Tag später forderte die Halbe durch ihre ständigen Gafe ein zweites Opfer, und wieder einen Arbeitslosen, der aus Not auf der Halbe-Unterlommen fand.

## Bereinstalender.

**Berband der Sattler, Tapezierer und Portenier.** Vollversammlung Dienstag, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 7/8. Wichtige Tagesordnung: Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Erscheinen Pflicht! Ohne Mitgliederabstempel keinen Zutritt.

**Baugewerksbund.** Baugewerkschaft Breslau. Tagung der Baugewerkschaft und Köpfer. Dienstag, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Galeriesaal des Gewerkschaftshauses unsere Generalversammlung statt Tagesordnung: Wahl der Sachrapprenleitung.

**Tagung der Maurer.** Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Heiner Saal, unsere Monatsversammlung statt. Vortrag des Herrn Verwaltungsdirektors Kirchoff der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Das Erscheinen eines jeden Kollegen zu diesen Versammlungen wird dringend erwünscht. Die Sachrapprenleiter.

## Geschäftliches.

**Die heutige Abkündigung des Zirkus Strahburger** wird, wie uns mitgeteilt wird, den Charakter eines Gala-Sport-Abends tragen. Neben den großen arztlichen Darbietungen gelangen auch sämtliche künstlichen Senzationsfälle des Februarprogramms, darunter die fabelhafte Schreitfahrt des tollkühnen Hc. Dianola zur Ausführung. Billets zu Preisen und an den Zirkusstellen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß alle noch im Umkreis befindlichen Gutsleute, sowie alle Ermäßigungen für Vereine usw. mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit verlieren.